

Absender:

**Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt
Jalyschko, Lisa-Marie**

TOP 5.1
17-05291
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Integrationsbeiräte in Stadtbezirken

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

30.08.2017

Beratungsfolge:

Ausschuss für Integrationsfragen (Entscheidung)

13.09.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Zur Sitzung des Ausschusses für Integrationsfragen am 11. Dezember 2017 wird ein Tagesordnungspunkt zum Thema "Integrationsbeiräte in Stadtbezirken" eingerichtet. Die Verwaltung wird gebeten, zu diesem Thema Vertreter*innen der Stadt Hannover (zuständige Mitarbeiter*innen der Verwaltung, sowie Mitglieder der Integrationsbeiräte) einzuladen, um den Ausschuss für Integrationsfragen über die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen sowie die praktische Arbeit der Integrationsbeiräte zu informieren.

Sachverhalt:

Die Stadt Hannover hat bereits im Jahr 2008 im Rahmen des "Lokalen Integrationsplans" die Einführung von Integrationsbeiräten auf Ebene der Stadtbezirke beschlossen. Ein wichtiges Ziel dabei war, die politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten zu stärken und ein niedrigschwelliges Angebot zur Teilhabe am politischen Diskurs zu ermöglichen. Die Verbesserung der politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten sollte auch für Braunschweig ein wichtiges Ziel sein. Zumal es durchaus auch möglich wäre, auf diese Weise Migrantinnen und Migranten zu erreichen, die (noch) nicht die deutsche Staatsbürgerschaft erlangt haben, und denen insofern andere Möglichkeiten der politischen Partizipation verschlossen sind. Eine umfassende Information über das Instrument der Integrationsbeiräte in einigen Bezirken der Stadt Hannover könnte dabei wichtige Hinweise für die weitere Arbeit an diesem Thema liefern.

Anlagen: keine

Betreff:

Kommunale Integrationsplanung
Vorstellung und Sachstand zur Steuerung der Umsetzung

Organisationseinheit:

Dezernat V
50 Fachbereich Soziales und Gesundheit

Datum:

05.09.2017

Beratungsfolge

Ausschuss für Integrationsfragen (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

13.09.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Kommunale Integrationsplanung

Vorstellung und Sachstand zur Steuerung der Umsetzung

Zur Steuerung und zum Controlling der Umsetzung der vom Rat der Stadt verabschiedeten Handlungskonzepte *Integration durch Konsens* (2008) und *Integrationskonzept Flüchtlinge* (2016) wurde ein Konzept entwickelt, das folgende Bausteine und Verfahrensabläufe umfasst:

- Einrichtung einer Steuerungsgruppe „Umsetzung Integrationsplanung“ als verwaltungsinternes Gremium zur fachbereichsübergreifenden Steuerung der Umsetzung. Die Steuerungsgruppe trifft sich mindestens zwei Mal jährlich, die konstituierende Sitzung hat am 24.04.2017 stattgefunden
- Erstellung eines tabellarischen Maßnahmenkataloges zur Abbildung aller in beiden Integrationskonzepten enthaltenen Maßnahmen
- Überprüfung des Maßnahmenkataloges hinsichtlich der Aktualität und Angemessenheit der Maßnahmen sowie zum Stand der Umsetzung im Rahmen von sogenannten Erstgesprächen mit allen zuständigen Ansprechpartner*innen aus den Fachbereichen
- Erstellung eines Status Quo Berichtes

Aus den Gesprächsergebnissen wird ein Status-Quo Bericht zum Sachstand der Umsetzung der Integrationsplanung erstellt, der Status Quo Bericht soll im ersten Quartal 2018 vorliegen.

- Jährliche Zielvereinbarungsgespräche

Auf der Grundlage des aktualisierten Maßnahmenkataloges werden mit den zuständigen Ansprechpartner*innen aus den Fachbereichen jährliche Zielvereinbarungsgespräche durchgeführt. Dabei legen die Fachbereiche fest, welche Maßnahmen in den kommenden 12 Monaten umgesetzt werden sollen. Nach 12 Monaten findet ein weiteres Gespräch statt, in dem die Zielerreichung überprüft wird und für das Folgejahr erneut Ziele formuliert werden.

Dr. Hanke

Anlage/n: keine

Betreff:

Städtische Servicestelle für Interkulturelles Dolmetschen und Übersetzen

Organisationseinheit:

Dezernat V
50 Fachbereich Soziales und Gesundheit

Datum:

06.09.2017

Beratungsfolge

Ausschuss für Integrationsfragen (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

13.09.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Mittlerweile ist Braunschweig Heimat für Menschen aus über 150 Nationen, eine zunehmend heterogene Bürgergesellschaft mit vielfältigen Lebensformen, Sprachen und Wertvorstellungen. Das spiegelt sich auch in der Kundschaft von Institutionen, städtischen Dienststellen oder Bildungseinrichtungen wieder.

Die Anforderungen für Fachkräfte im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen ist komplex und anspruchsvoll. Hinzu kommen sprachliche und kulturelle Verständigungsschwierigkeiten, die jeweils zusätzliche Herausforderungen darstellen.

Migrant*innen haben häufig Schwierigkeiten behördliche Angelegenheiten zu verstehen, eigene Probleme und Anliegen fehlerfrei und bedarfsgerecht zu formulieren, vor allem dann, wenn sie neu zugewandert sind. Aber auch die Beherrschung von Alltagsdeutsch reicht für die Verständigung oft nicht aus. Hinter der Erläuterung von Anliegen versteckt sich oftmals ein ganzes Bündel unsichtbarer kultureller Werte – sozusagen ein kulturell geprägter Wortschatz- der von Geburt an vermittelt wurde. Hinzu kommen noch soziale und gesellschaftliche Ordnungssysteme sowie bürokratische Abläufe, die Migranten oft nicht bekannt sind.

Um die sprachliche und interkulturelle Verständigung in Arbeits-, Beratungs- und Konfliktsituationen zu optimieren, wurde 2008 im städtischen Büro für Migrationsfragen eine „Servicestelle für Interkulturelles Dolmetschen und Übersetzen“ eingerichtet. Damit wurde ein Vorschlag des durch den Rat beschlossenen Kommunalen Handlungskonzeptes „Integration durch Konsens“ umgesetzt. Seit 2008 werden qualifizierte Dolmetscher*innen in über 45 Sprachen vorwiegend im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich vermittelt. Alle geschulten Sprachmittler*innen sind Migrant*innen. 85% von ihnen verfügen über Hochschulabschlüsse.

Die Verankerung dieses Tätigkeitsfeldes als kommunale Aufgabe war in der Vergangenheit einmalig.

Qualifikation

Voraussetzung für die Wahrnehmung der Tätigkeit als Interkulturelle Dolmetscher*innen und Übersetzer*innen in der Servicestelle, ist die erfolgreiche Teilnahme an einer Schulung von insgesamt mindestens 54 Stunden, die einmal jährlich erfolgt. Bislang haben sich 152

Migrant*innen mit über 45 Sprachen für die interkulturelle Dolmetschertätigkeit qualifizieren lassen.

Vor der Schulung durchlaufen die Bewerber*innen zunächst eine 2 stufige Eignungsprüfung. Die Schulungen werden in Kooperation und unter Leitung von Frau Dr. Conchita Otero, Universität Hildesheim, Institut für Übersetzungswissenschaft und Fachkommunikation, durchgeführt.

Die Servicestelle bietet je nach Notwendigkeit und Bedarf Weiterbildungsmaßnahmen für geschulte Dolmetscher*innen an. Im Jahre 2015 nahmen 12 geschulte Dolmetscher*innen an der Fortbildung „Therapie zu Dritt - Dolmetschen in Psychotherapeutischen Gesprächen“ teil. Seitdem werden sie zunehmend in Traumatherapien eingesetzt.

Das Schulungskonzept ist handlungsorientiert ausgerichtet (Rollenspiele, Gruppenarbeit und Reflexionsgespräche), den Teilnehmer*innen werden professionelle Methoden und Techniken für eine gelungene Verständigung in unterschiedlichen Arbeitszusammenhängen vermittelt, so lernen sie sozio-und infrastrukturelle Bedingungen und Aufgaben von Organisationen und kommunalen Behörden kennen, mit denen die Migranten und Geflüchteten häufig zu tun haben und entwickeln eigene Lernstrategien. Die Wahrnehmung von nonverbalen Signalen, der Umgang mit emotional belastenden Themen, die genaue Beobachtung der Kommunikationssituation ist ebenso Teil der Qualifikation.

Die Vermittlungsaufgabe der Servicestelle

Interkulturelle Dolmetscher werden per Abruf vorrangig im öffentlichen Dienstleistungssektor eingesetzt. Der Auftrag wird telefonisch sowie per E-Mail bestätigt. Sie üben eine freiberufliche Tätigkeit aus.

Die Bezahlung für die Übersetzungstätigkeit erfolgt nicht einheitlich, sondern ist mit den finanziellen Ressourcen der jeweiligen Dienststellen verbunden. Den vereinbarten Betrag stellen die Dolmetscher/innen in Rechnung. Auf Nachfragen wird den Einsatzstellen jedoch folgende Vergütung für die Übersetzungstätigkeit empfohlen: Die erste Stunde 28 Euro, jede weitere 12 Euro, An- und Abfahrt 10,00 Euro pauschal. Die Kosten für die Qualifizierung und Fortbildungen der Dolmetscher/innen werden aus Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig getragen, die originären Übersetzungsleistungen jedoch von den jeweiligen Organisationseinheiten selbst.

Die Qualitätssicherung richtet sich nach den Vorgaben des städtischen Büros für Migrationsfragen und ist im Einsatzkonzept verbindlich geregelt.

Vor dem Einsatz ist ein kurzes Gespräch zwischen dem auftragsgebenden Mitarbeiter und dem Sprachmittler erforderlich, indem der Sachverhalt, die Art des Dolmetschens und das Ziel des Gespräches geklärt werden.

Während des Einsatzes arbeiten die Dolmetscher*innen neutral und unparteiisch. Sie sind verpflichtet bei Unklarheiten nachzufragen und bei Missverständnissen zu intervenieren. Sie unterliegen der Schweigepflicht. Das Dolmetschen soll beidseitig, korrekt und sinngenaue erfolgen.

Nach dem Einsatz findet ein kurzes Nachgespräch statt. Zusätzlich wird darum gebeten ein elektronisches Feedbackformular auszufüllen und zurück an die Koordinatorin der Servicestelle zu senden.

Dr. Hanke

Betreff:

Bundesfachkongress Interkultur 2017 in Braunschweig

Organisationseinheit:

Dezernat V
50 Fachbereich Soziales und Gesundheit

Datum:

06.09.2017

Beratungsfolge

Ausschuss für Integrationsfragen (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

13.09.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

In der Anlage wird dem Ausschuss für Integrationsfragen der Bericht zum 6. Bundesfachkongress Interkultur 2017 des Braunschweiger Organisationsteams zur Kenntnis gegeben.

Dr. Hanke

Anlage: Bericht Bundesfachkongress Interkultur 2017

6. Bundesfachkongress Interkultur 2017

LAND IN SICHT – INTERKULTURELLE VISIONEN FÜR HEUTE UND MORGEN

Der **6. Bundesfachkongress Interkultur in Braunschweig** wurde veranstaltet und organisiert vom Bundesweiten Ratschlag Kulturelle Vielfalt, dem Haus der Kulturen Braunschweig, dem Forum der Kulturen Stuttgart e. V. sowie zahlreichen weiteren Kooperationspartnern. Die Fachkongresse Interkultur finden alle zwei Jahre statt. Ziel der Bundesfachkongresse ist es, die unterschiedlichen Diskurse im Bereich kulturelle Vielfalt zusammenzuführen und Fragen nach den Perspektiven unserer diversen Gesellschaft zu stellen. Theoretische und praktische Fragestellungen werden in Keynotes, Fachforen und Diskussionsrunden behandelt. Künstlerische Beiträge ergänzen die Kongressinhalte und beleuchten die vielfältigen Themenstellungen mit ästhetischen Mitteln

Vom 3. bis 5. April 2017 fand in Braunschweig der 6. Bundesfachkongress Interkultur unter dem vorgenannten Titel statt. Die Auswahl Braunschweigs als Ort des 6. Bundesfachkongresses kam auf Anregung des Staatstheaters Braunschweig zustande und wurde durch die Stadt Braunschweig und das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur unterstützt. Als örtlicher Träger der Durchführung war das Haus der Kulturen Braunschweig involviert. Darüber hinaus wurde der Kongress durch die Stiftung Niedersachsen, die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Der dreitägige Kongress startete im Staatstheater Braunschweig und wurde durch Beiträge von **Joachim Klement**, Generalintendant, Staatstheater Braunschweig, Rolf Graser, Forum der Kulturen Stuttgart, Bundesweiter Ratschlag für kulturelle Vielfalt, **Gabriele Heinen-Kljajić**, Niedersächsische Ministerin für Wissenschaft und Kultur und **Caren Marks**, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eröffnet.

Die Autorin **Sharon Dodua Otoo**, Berlin lieferte mit ihrem Beitrag „Die Entdecker oder die Entdeckten, was kam zuerst“ eine literarische Antwort für Menschen ohne Migrationshintergrund. Mit seinem Beitrag „Heimat in flüchtigen Zeiten“ setzte sich **Heribert Prantl**, Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung und Leiter des Ressorts Innenpolitik mit der aktuellen gesellschaftlichen Situation auseinander. In einer abschließenden Podiumsdiskussion mit **Sharon Dodua Otoo**, **Mekonnen Mesghena**, Heinrich Böll Stiftung, **Heribert Prantl**, **Gari Pavkovic**, Integrationsbeauftragter Stuttgart und **Idil Baydar**, Schauspielerin, wurde das Kongressthema breit erörtert. Das Staatstheater Braunschweig beteiligte sich am Eröffnungstag durch verschiedene künstlerische Beiträge.

Der zweite Kongresstag wurde durch dezentrale Angebote für eine breite inhaltliche Diskussion genutzt. Im Roten Saal im Schloss setzte sich das Fachforum 1 mit dem Themenkomplex „Europa – Einheit in Vielfalt? – Die europäische Gemeinschaft zwischen zivilgesellschaftlichen Initiativen und identitären Tendenzen“ auseinander. Das Fachforum 2 behandelte im Kultur- und Kommunikationszentrum Brunsviga das Thema „Von >Wurzeln und Flügeln< - Interkulturelle Kunst und Kulturarbeit im europäischen ländlichen Raum“. Mit einem „Blick zurück nach vorn“ beschäftigte sich im Haus der Kulturen das Fachforum 3 mit einer „neuen Erinnerungskultur im Migrationsdiskurs“. Im Braunschweigischen Landesmuseum tagte das Fachforum 4 zum Thema „Ablehnung und Vorurteile überwinden – Handlungsansätze in einer vielfältigen Gesellschaft“. Ebenfalls in der Brunsviga diskutierte das Fachforum 5 zum Thema „Gemeinsam Gesellschaft gestalten – Mehrfach-Identitäten in einer diversen Solidargemeinschaft“. Das Fachforum 6 stellte im Haus der Stiftungen die Frage „Kann man Wirkung messen – Evaluation als Strategie und Instrument für die

Gestaltung kultureller Vielfalt“. Gestaltet wurden die Fachforen durch eine Vielzahl und Vielfalt kompetenter Referentinnen und Referenten.

Mit einem Empfang der Stadt Braunschweig für die Teilnehmenden des Kongresses durch Frau Bürgermeisterin Anke Kaphammel wurde zu den Abendangeboten übergeleitet. An unterschiedlichen (Kultur-)Orten in Braunschweig wurde das Thema Interkultur künstlerisch sowohl den Kongressteilnehmenden als auch interessierten Braunschweigerinnen und Braunschweigern präsentiert. Im LOT-Theater war „Myra liest ...“ zu sehen, im Kultur- und Kommunikationszentrum Brunsviga wurde das Performanceprojekt des Grins e. V. „Balad! zur Aufführung gebracht, das Haus der Kulturen präsentierte die Projekte „Kulturschrank“ und „Meine Geschichte, deine Geschichte“, in der DRK-Kaufbar waren in einem Konzert Musik und Lyrik aus Syrien und dem Irak zu hören und das Staatstheater lud ins kleine Haus zum „Spoken Word Abend“ mit dem Autorenkollektiv „#LoewenMaul“ und in den Aufführungsort Husarenstraße zum Recherche-Theaterprojekt zu Roma in Europa der werkgruppe2 unter dem Titel „Gypsies“ ein.

Der dritte Kongresstag fand wieder im Staatstheater Braunschweig statt. Den Auftakt machten Angehörige des „Welcome Board“, einer Initiative des „Musikland Niedersachsen“ für geflüchtete und immigrierte Musikschaffenden. Die Islamwissenschaftlerin Lamya Kaddor beschäftigte sich mit ihrem Beitrag „Willst du dein Land verändern ...“ mit den Herausforderungen für moderne Einwanderungsgesellschaften. Das Improvisationstheater „Theatersport-Berlin“ sorgte beim „Club der Visionäre“ zur Zukunftsvision Interkultur für einen regen Austausch der Kongressteilnehmenden.

Insgesamt hatte der 6. Bundesfachkongress Interkultur 363 Teilnehmende. Die Zusammensetzung reichte von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes aus allen Ebenen der öffentlichen Verwaltungen, über mit dem Thema befassten Politikerinnen und Politikern, über Angehörige von freien Trägern aus den Bereichen Interkultur, Migrationsarbeit u. ä. bis hin zu interessierten Einzelpersonen. Zur Zeit wird eine Dokumentation des Kongresses erstellt, die in gedruckter Form und als downloadbare PDF-Version auf der Website des Kongresses im Spätherbst veröffentlicht werden soll.

Betreff:

Einsatz eines Sicherheitsdienstes an den Wohnstandorten für Geflüchtete

Organisationseinheit:

Dezernat V
50 Fachbereich Soziales und Gesundheit

Datum:

31.08.2017

Beratungsfolge

Ausschuss für Soziales und Gesundheit (zur Kenntnis)

Ausschuss für Integrationsfragen (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

07.09.2017

13.09.2017

Status

Ö

Ö

Sachverhalt:

Wie im Konzept zur Nutzung der Flüchtlingsunterkünfte (DS 17-03641) unter 5.2 Betreuung der Standorte vorgesehen, wurde zunächst für ersten drei Monate nach Bezug ein externer Sicherheitsdienst eingesetzt, der zusätzlich zur Betreuung durch das städtische Personal über 24 Stunden einen Ansprechpartner vor Ort ermöglicht.

Der Sicherheitsdienst ist an den Wohnstandorten in Bienrode, Gartenstadt, Gliesmarode und Melverode von Montag bis Freitag von 16.00 Uhr bis 7.30 Uhr, Samstag und Sonntag sowie an Feiertagen von 0.00 Uhr bis 24.00 Uhr vor Ort. Innerhalb der Wohnstandorte ist es seine Hauptaufgabe auf die Einhaltung der Hausordnung zu achten. Dazu zählen im Wesentlichen folgende Tätigkeiten:

- Benachrichtigung von Polizei und Krankenwagen in Notfällen
- Im Brandfall Auslösung des Hauptalarms für das gesamte Gebäude und die geordnete Räumung des Gebäudes (Treffen am gekennzeichneten Sammelplatz)
- Ausschalten des Alarms, z. B. bei Fehlalarm durch ungefährliche Rauchentwicklung
- Verhinderung des Gebrauchs von offenem Feuer
- Freihalten der Fluchtwege
- Überwachung des Rauch- und Drogenverbots (z. B. übermäßiger öffentlicher Alkoholkonsum) in den Wohnungen und auf dem Gelände
- Information des Notdienstes bei Problemen mit der Hauselektronik und Ausfall der Heizungsanlage
- Einhalten der Wasch- und Trocknungszeiten
- Ordnungsgemäße Müllentsorgung und Einhalten der Mülltrennung
- Deeskalierendes Eingreifen bei Streitigkeiten zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern
- Im Winter Räumung der Wege auf dem Grundstück von Eis und Schnee

In der Zeit seit der Eröffnung der Wohnstandorte für Geflüchtete (Februar 2017) gab es auch kleinere Vorkommnisse von außen, z. B. Falsch- bzw. Fremdparken im Bereich der Feuerwehruzufahrt, Müllentsorgung von außen in die Müllcontainer, Beschädigung der Informationskästen.

Im Rahmen der Unterbringung in den Wohnstandorten trägt die Stadt Braunschweig die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und ein möglichst reibungsloses und friedliches Miteinander sowohl der Bewohnerinnen und Bewohner untereinander als auch mit der unmittelbaren Nachbarschaft.

Die in den Wohnstandorten lebenden Geflüchteten können sich in der Regel kaum bzw. nicht ausreichend in Deutsch verständigen und sind mit den Gegebenheiten vor Ort nicht vertraut.

Aufgrund der vorliegenden Erfahrungen soll weiterhin ein Sicherheitsdienst an den Wohnstandorten zur Unterbringung der Geflüchteten in dem o. g. Zeitraum eingesetzt werden und so gemeinsam mit dem städtischen Personal über 24 Stunden einen Ansprechpartner vor Ort ermöglichen.

Die Auftragsvergabe soll zunächst für 12 Monate mit zweimaliger Verlängerungsoption um jeweils 12 weitere Monate erfolgen.

Dr. Hanke

Anlage/n:

keine

Betreff:

**Zusammenfassende Informationen zum Wohnwagenaufstellplatz
Madamenweg 94**

Organisationseinheit:

Dezernat V
50 Fachbereich Soziales und Gesundheit

Datum:

31.08.2017

Beratungsfolge

Ausschuss für Soziales und Gesundheit (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

07.09.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

1. Historie

Die Stadt Braunschweig unterhält seit Anfang der 60er Jahre auf dem städtischen Grundstück „Madamenweg 94“ einen Wohnwagenaufstellplatz, der als „Landfahrerplatz“ eingerichtet wurde. Die Kosten der Errichtung betrugen damals insgesamt 150.000 DM.

1985 wurden das Sanitärgebäude I komplett mit 4 Duschen und WC Zellen, das Sanitärgebäude II mit 3 Duschen und WC Zellen, eine Wasserentnahmestelle und ein Technikraum errichtet und Umbauarbeiten im Außenbereich (245.000 DM) durchgeführt.

Die noch gültige Wohnwagenplatzsatzung ist am 01.01.1995 in Kraft getreten (als Anlage beigefügt).

2008-2010 wurden Sanierungsarbeiten an den Sanitäreinrichtungen durchgeführt und zusätzlich Dusch- und WC-Container für Durchreisende aufgestellt. Die Kosten hierfür betrugen rund 30.000 €.

2. Situation auf dem Platz

Der Platz ist ca. 8.400 qm groß und für max. 30 Stellplätze ausgerichtet. Er liegt zwischen einer bereinigten Müllkippe und dem Raffteich ohne angrenzende Bebauung. Die Verkehrsanbindung ist günstig. Die Stadt hält sechs eigene Wohnwagen zur Vermietung vor. Das Gesundheitsamt hat jüngst Trinkwasserproben auf dem Platz entnommen. Es gibt keine Auffälligkeiten.

Aktuell beträgt die Standgebühr für eigene Wohnwagen monatlich 46,02 €. Für Nutzer der stadteigenen Wohnwagen sind es 115,04 €/Monat. Die Gebühr ist nur für den Platz/Wagen fällig.

Die Zusammenarbeit mit den Nutzerinnen und Nutzern des Platzes und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung war in der Vergangenheit nicht immer einfach, dies hat sich aktuell verbessert.

Auf dem Platz wohnen 35 Personen. Die älteste Bewohnerin ist 71 Jahre, der jüngste Bewohner 7 Jahre alt. Alle sechs stadteigenen Wohnwagen sind belegt.

Die Bewohner/innen wünschen sich eine Verbesserung ihrer Situation auf dem Gelände.

3. Aktuelle kommunalpolitische Chronologie

Nachfolgende Anträge wurden gestellt:

Antragsteller	Wann/Wie	Was wurde beantragt
Bewohner	November 2016	Erlaubnis zur Errichtung fester Bauten
BIBS-Fraktion	Hh-Antrag an den StBezR 221 vom 09.11.2016	Einrichtung sanitärer Anlagen
	Hh-Sitzung des StBezR 221 am 16.11.2016	Beschluss StBezR 221: Antrag zum Haushalt 2017; Kostenermittlung und Durchführung eines Ortstermins
	Ratsbeschluss [Nr. 17-03767] vom 21.02.2017	Beauftragung der Verwaltung zur Ermittlung der finanziellen Mittel zur Errichtung sanitärer Anlagen
Vertreter politischen Gremien und der Verwaltung, Bewohner des Platzes	Ortstermin März 2017	Je eine eigene (insgesamt zehn) winterfeste Trink- und Schmutzwasseranschlüsse für die Unterkünfte/ Wohnwagen Zusätzlicher Vorschlag FB 65: Instandsetzung der vorhandenen Dusch-/ WC-Container und Ausstattung mit einer zusätzlichen Dusche für Damen und Herren
BIBS-Fraktion	Antrag [Nr. 17-04587] an den Ausschusses für Soziales und Gesundheit	Die sanitären Einrichtungen um mindestens eine Frischwasserzuleitung sowie eine dementsprechend ausreichend dimensionierte Abwasserleitung nebst geeigneter Zapfstellen und Winterfestmachung am Ort zu ergänzen.
SPD-Fraktion	Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 31.05.2017	Änderungsantrag [zu Nr. 17-04587]: Zu den Haushaltsberatungen 2018 ist zu prüfen, welche Kosten entstehen würden, wenn die bestehenden sanitären Anlagen <i>ertüchtigt</i> werden.
Stadtbezirksrat Weststadt	Antrag [Nr. 17-04616] an den Rat der Stadt Braunschweig gemäß § 94 Abs. 3 NKomVG einen Beschluss zu fassen	Satzung über die Benutzungs- und Gebührenordnung für den städtischen Wohnwagenaufstellplatz in der Stadt Braunschweig (Wohnwagenplatzsatzung) zu ändern.

Durch Beschluss des AfSG in der Sitzung am 31.05.2017 wurde die Verwaltung beauftragt, zu den Haushaltsberatungen 2018 zu prüfen, welche Kosten entstehen, wenn die bestehenden sanitären Anlagen ertüchtigt werden.

Laut Einschätzung der Fachverwaltung würde eine Ertüchtigung der vorhandenen sanitären Anlagen – Instandsetzung der drei WC-/Duschanlagen - **ca. 26.400 €** kosten.

Ca. 90.000 € würde die Installation von zehn Trink- und Schmutzwasseranschlüssen für die Unterkünfte / Wohnwagen, incl. der Instandsetzung der vorhandenen Dusch-/WC-Container und die Ergänzung um je eine Dusche für Damen und Herren kosten.

Die Ergänzung der sanitären Einrichtungen um eine Frischwasserleitung (und eine dementsprechend ausreichend dimensionierte Abwasserleitung) mit fünf Versorgungskästen würde **42.000 €** kosten.

Es handelt sich um eine vorläufige Grobkosteneinschätzung.

4. Baurechtliche Situation

Das Grundstück Madamenweg 94, Gemarkung Altpetritor, Flur 3, Flurstück 3/1, liegt in einem Bereich, für den es keinen Bebauungsplan gibt. Das Grundstück liegt auch nicht in einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil. Die Beurteilung der Zulässigkeit von Vorhaben erfolgt nach § 35 Baugesetzbuch – Bauen im Außenbereich. Der Flächennutzungsplan stellt im Bereich des Grundstücks Grünfläche dar.

Die Neuerrichtung von Wohngebäuden ist auf dem Grundstück nicht zulässig; es handelt sich weder um ein privilegiertes Vorhaben gemäß § 35 Abs. 1 BauGB noch können Wohngebäude als sonstige Vorhaben gemäß § 35 Abs. 2 BauGB zugelassen werden, da bereits der Flächennutzungsplan entgegensteht.

5. Einschätzung der Verwaltung

Nach Auffassung der Verwaltung sollte der Status des Platzes als „Landfahrerplatz“ erhalten bleiben. „Fahrendes Volk“ benötigt in Braunschweig einen geeigneten Ort zum Aufenthalt. In der Vergangenheit ist es vorgekommen, dass Landfahrer/innen sich auf dem Gelände „Harz und Heide“ eingefunden haben. Ihnen wurde der Platz am Madamenweg zugewiesen. Alternativen im Stadtgebiet sind nicht ersichtlich.

Eine Überarbeitung der Wohnwagenplatzsatzung ist aus Sicht der Verwaltung notwendig und in Vorbereitung. Dabei ist die Satzung auf einen zeitgemäßen Stand zu bringen. Die zu erhebenden Gebühren werden dabei mit überprüft. Die Einhaltung baurechtlicher, ordnungsrechtlicher und brandschutztechnischer Bestimmungen ist zu gewährleisten um eine ordnungsgemäße Verwaltung des Platzes sicherstellen können.

Eine Ertüchtigung der vorhandenen Sanitäranlagen erscheint angemessen vor dem Hintergrund des Alters und des Zustandes der Anlagen.

Dr. Hanke

Anlage/n:

Wohnwagenplatzsatzung vom 01.01.1995
Genese Wohnwagenplatz Madamenweg (Quelle: Stadtarchiv)
Stellungnahme des Kulturinstitutes

**Satzung
über die Benutzungs- und Gebührenordnung für den städt.
Wohnwagenaufstellplatz in der Stadt Braunschweig
(Wohnwagenplatzsatzung)**

§ 1

Der Wohnwagenplatz der Stadt Braunschweig auf einer am Madamenweg gelegenen Teilfläche des städteigenen Flurstücks 3, Gemarkung Altpetritor III, ist eine öffentliche Einrichtung zur Aufstellung von Wohnwagen.

§ 2

- (1) Die Verwaltung des Wohnwagenaufstellplatzes und Überwachung der Einhaltung der Bestimmungen dieser Satzung obliegt der Stadt Braunschweig, Sozialamt, Abt. Wohnungslosenhilfe.
- (2) Die Aufsicht über den Platz führt eine Platzverwalter.

§ 3

- (1) Zur Benutzung des Wohnwagenplatzes bedarf es einer Erlaubnis der Abt. Wohnungslosenhilfe.
- (2) Die Erlaubnis ist bei der Abt. Wohnungslosenhilfe oder bei beim Platzverwalter zu beantragen. Dabei sind für alle Benutzer (Familienmitglieder und Mitreisende) die amtlichen Ausweise und Erlaubnisse (z. B. Personalausweis, Reisepass, Wandergewerbeschein) sofort vorzulegen.
- (3) Die Bescheinigungen über die gesetzlich vorgeschriebenen An- und Abmeldungen bei der zuständigen Meldebehörde sind dem Platzverwalter ebenfalls, und zwar unverzüglich, vorzulegen.

§ 4

Die Benutzer haben den von der Abt. Wohnungslosenhilfe oder deren Beauftragten (Bedienstete der Abt. Wohnungslosenhilfe, Platzverwalter) zum Vollzug dieser Satzung getroffenen Anordnungen Folge zu leisten.

§ 5

- (1) Den Benutzern wird durch den Platzverwalter ein Standplatz zugewiesen. Ein Anspruch auf einen bestimmten Standplatz innerhalb des Wohnwagenplatzes besteht nicht.
- (2) Der zugewiesene Standplatz darf nicht getauscht oder an Dritte überlassen werden.
- (3) Die Benutzung des Standplatzes hat nach den Anweisungen des Platzverwalters zu erfolgen.

§ 6

- (1) Die Benutzer haben die Anlagen und Einrichtungen des Wohnwagenplatzes steht im sauberen Zustand zu halten und dürfen sie nicht ordnungswidrig gebrauchen. Sie haben sich auf dem Platz so zu verhalten, dass kein anderer gefährdet, geschädigt oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert oder belästigt wird.
- (2) Insbesondere ist es den Benutzern untersagt, ohne schriftliche Einwilligung der Abt. Wohnungslosenhilfe
 1. Andere Personen in die Unterkunft aufzunehmen
 2. Im Bereich des Wohnwagenplatzes
 - a) bauliche Veränderungen vorzunehmen,
 - b) Bauwerke irgendwelcher Art oder Umzäunungen anzulegen,
 - c) eine gewerbliche Tätigkeit auszuüben oder Hinweis- und Reklameschilder anzubringen,
 - d) offene Feuerstellen zu errichten,
 - e) einen anderen als den vom Platzverwalter zugewiesenen Abort zu benutzen.
- (3) Die Benutzer haben die ihnen zugewiesenen Standplätze und die daran angrenzenden Zufahrtswege in einem unfallsicheren Zustand zu halten und regelmäßig (mindestens zweimal wöchentlich) zu reinigen; die Standplätze und Zufahrtswege sind von Eis und Schnee frei zu machen und bei Winterglätte in der Zeit von 7.00 bis 22.00 Uhr mit Sand oder sonstigen abstumpfenden Stoffen bestreut zu halten.
- (4) Die Reinigung der Aborte und der Waschräume obliegt den Benutzern nach Weisung des Platzverwalters.
- (5) Die an den Außenwänden der Wasch- und Toilettenhäuser angebrachten Wasserzapfstellen dürfen nur zur Wasserentnahme benutzt werden; jede andere Verrichtung, z. B. Wagen waschen, Geschirrspülen, Wäsche waschen, ist untersagt.
- (6) Spül- und Schmutzwasser darf nur in die Aborte, Unrat und Abfälle nur in die Mülltonnen geschüttet werden.
- (7) Schäden an den Anlagen und Gemeinschaftseinrichtungen des Wohnwagenplatzes sowie das Auftreten von Ungeziefer sind dem Platzverwalter unverzüglich anzuzeigen.

§ 7

Der Standplatz ist unverzüglich zu räumen und in sauberem Zustand zu hinterlassen, wenn das Benutzungsverhältnis beendet worden ist.

§ 8

- (1) Das Betreten des Wohnwagenplatzes durch Benutzer und Besucher geschieht auf eigene Gefahr. Die Stadt Braunschweig haftet für Schäden der Benutzer und Besucher nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ihrer Beauftragten. Jede weitere Haftung der Stadt für Personen-, Sach- und Vermögensschäden ist ausgeschlossen.
- (2) Die Benutzer und Besucher haften für Schäden an den Anlagen und Einrichtungen des Wohnwagenplatzes nach Maßgabe der allgemeinen Bestimmungen.

§ 9

- (1)** Bei Benutzung des Wohnwagenaufstellplatzes wird eine Gebühr in Höhe von 3,00 DM pro Wohnwagen/Wohnmobil und Tag berechnet. Dauernutzer zahlen eine Gebühr von 90,00 DM monatlich. Nebenkosten werden gesondert erhoben.
- (2)** Gebührenpflichtig ist der Nutzer/Mieter des jeweiligen Wohnwagens/Wohnmobils. Gebührenpflichtig ist auch derjenige, welcher für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.
- (3)** Die Gebühr entsteht mit der Nutzung des Wohnwagenaufstellplatzes. Die Gebühr ist monatlich, spätestens am Ende eines Kalendermonats, für den abgelaufenen Kalendermonat zu entrichten. Bei der Aufgabe der Nutzung des Wohnwagenaufstellplatzes vor Ablauf eines Kalendermonats ist die Benutzungsgebühr am letzten Werktag vor Auszug fällig.

§10

- (1)** Die aufgrund dieser Satzung festgesetzten Gebühren unterliegen der Beitreibung im Verwaltungszwangungsverfahren nach den für das Verwaltungszwangungsverfahren geltenden Bestimmungen.
- (2)** Gegen die Heranziehung zu Gebühren nach dieser Gebührensatzung ist der Widerspruch zulässig.
Der Widerspruch hat keine aufschiebende Wirkung.
- (3)** Bei Nichtbefolgung der §§ 1 - 9 dieser Satzung kann die Stadt nach vorheriger schriftlicher Androhung und nach Ablauf einer angemessenen Frist ein Zwangsgeld bis zur Höhe von 500,00 DM festsetzen oder die vorgeschriebene Handlung auf Kosten des Verpflichteten selbst vornehmen oder durch einen von ihr Beauftragten ausführen lassen (Ersatzvornahme).
- (4)** Bei Gefahr im Verzuge kann von der Schriftform der Androhung und der Fristsetzung abgesehen werden.
- (5)** Das Zwangsgeld und die Kosten für die Ersatzvornahme können im Verwaltungszwangungsverfahren beigetrieben werden.

Diese Satzung tritt am 1. Januar 1995 in Kraft.

Genese Wohnwagenplatz Madamenweg (nach Quellen im Stadtarchiv)

Nr.	Datum	Inhalt	Quelle
1	11.2.1959	„Zigeuner hoffen auf festen Stellplatz“ Die Sinti, die mit ihren Wohnwagen an der Langen Straße und Weberstraße „logieren“, wollen sich nach einem festen Abstellplatz umsehen	Bs'er Zeitung
2	14.5.1959	„Zigeuner sollen Abstellplatz erhalten“ Die Stadtverwaltung plant, den an der Langen Straße und Weberstraße logierenden Sinti am Ausgang des Madamenwegs einen festen Lagerplatz zuzuweisen	Bs'er Zeitung
3	16.9.1959	„Zigeuner suchen Bleibe“ Einige Sinti, die mit einem Transport aus Polen gekommen waren und noch keine Bleibe gefunden haben, trafen gestern in Bs ein. Vorerst Unterkunft im Hotel Union.	Bs'er Presse
4	26./27.9.1959	„Raschai“ Althaus hilft weiter“ 5 polnische Sintifamilien erhalten an der alten Radrennbahn an der Salzdahlumer Straße einen festen Standplatz für ihre Wagen	Bs'er Presse
5	10.12.1959	„Kein Platz für die Wagen der Zigeuner“ Der seit Jahren zugesagte Sammelplatz ... ist bislang leeres Versprechen geblieben. OSD (Lotz) hat jetzt höchste Eile geboten und die auf diesem Gebiet tätigen Ämter beauftragt, möglichst bald die Voraussetzungen für eine Umquartierung der Fahrenden von den verschiedenen ... Grundstücken in der Innenstadt auf einen befestigten Platz am Stadtrand zu sorgen	Bs'er Zeitung
6	2.2.1960	„Feste Plätze für Zigeuner gefordert“ Pastor Althaus (Leiter des in Bs beheimateten Pfarramtes für den Dienst an Israel und den Zigeunern) fordert Betreuungsstellen und feste Plätze mit Wasserversorgung und Stromanschluss an allen größeren Orten der Bundesrepublik (auf dem beigefügten Foto ist zu sehen, wie Althaus Kleidungsstücke und Bettwäsche in eine Sinti-Unterkunft in der Nähe der ehemaligen Radrennbahn an der Salzdahlumer Straße bringt)	Bs'er Zeitung
7	6.4.1960	„Zigeuner brauchen Platz für Ihre Wagen“ Bereits vor zwei Jahren wurde Sammelplatz zugesagt. Bis heute blieb das Versprechen uneingelöst. In der Gemarkung „Unterm Kröppelberg“, nördlich des Madamenwegs hatte man das richtige gefunden, kurz darauf meldete jedoch die Gesundheitsbehörde „bevölkerungshygienische Bedenken“ an. Projekt wurde fallen gelassen, neue Platzvorschläge blieben aus	Bs'er Zeitung
8	21.4.1961	„Nach jahrelangen Zögern Sammelplatz zugesichert. Zigeunerwohnwagen werden noch in diesem Jahr aus der Innenstadt verschwinden“ Den Fahrenden wird ein Gelände westlich der Stadt zugewiesen. Der Sammelplatz soll in freier Natur jedoch nicht abseits von den öffentl. Verkehrsverbindungen liegen, das geplante Gelände muss an die Trinkwasserleitung, an die Schmutzwasserkanalisation und an das Stromnetz angeschlossen werden, bei der Ausgestaltung müssten Pläne für die Schaffung von Winterquartieren berücksichtigt werden.	Bs'er Zeitung

9	3./4.6.1961	<p>„Noch nicht entschieden: Platz für Zigeuner“</p> <p>Plan der Stadt, am Madamenweg einen zentralen Zigeunerplatz einzurichten. Pastor Althaus meldet schwere Bedenken an, da am Madamenweg keine Kanalisation vorhanden sei. Stadt will Platz asphaltieren und hat Toiletten- und Waschhaus entwickelt, das den etwas schwierigen Erfordernissen gerecht wird, ist aber im Augenblick nicht in der Lage, das Gebiet an das Kanalisationsnetz anzuschließen.</p>	Bser Presse
10	6.12.1961	<p>„Zigeunerwagen rollen zum Madamenweg. Der neue Wohnplatz an der westlichen Peripherie der Stadt wurde fertiggestellt“</p> <p>Die „Landfahrer“ mussten ihre bisherigen Wohnplätze in der Innenstadt aufgeben, da sie sich zum Teil auf städtischen Grundstücken angesiedelt hatten, die nach einer Satzung vom 22. Juni 1961 als ungeeignete Plätze für Wohnwagen erklärt wurden.</p> <p>„Der Platz ist umzäunt und entspricht den modernen hygienischen Ansprüchen“ (Willi Wegener, Leiter des Wohnungsamtes). „Ein Häuschen mit zwei Toiletten, zwei Waschräumen und einer Waschküche wurde bereits fertiggestellt. Es sollen dort jedoch noch fünf weitere Häuschen aufgestellt werden.“</p>	Bser Zeitung
11	5.4.1962	<p>„Der Wohnwagenplatz bereitet noch Sorgen“</p> <p>Platz leidet unter Mängeln, die in den nächsten Wochen behoben werden sollen. Für die Ergänzungsarbeiten musste trockene Witterung abgewartet werden. Wenn das Wetter besser wird, soll Anfahrt zum Platz planiert werden und feste Decke erhalten. Platzbewohner beschwerten sich über den Geruch der in unmittelbarer Nähe liegenden Müllkippe.</p> <p>„Hiergegen soll die Ostseite des Wohnwagenplatzes durch eine dichte Sträucherhecke abgeschirmt werden“.</p> <p>Dringlichstes Problem ist die Vervollständigung der sanitären Anlagen. Stadt will so schnell wie möglich noch zwei Wasch- und Toilettenhäuser aufstellen (Kosten pro Haus 21.000,00 DM). Bau des Platzes hat bisher über 100.000,00 DM gekostet.</p>	Bser Zeitung
12	21.9.1967	<p>Bericht Gesundheitsamt an Tiefbauamt und Abt. 32.5 in Bezug auf hygienische Überwachung des Städt. Wohnwagenabstellplatzes Madamenweg 93 nach Ortsbesichtigung am 20.9.1967</p> <p>Zufahrtsweg bedarf Ausbesserung, Teerdecke des Platzes muss an einigen Stellen instandgesetzt werden. Die im Bericht vom 23.8.1967 erwähnten hygienischen Misslichkeiten und sonstigen Anregungen wurden zum größten Teil behoben oder unsere Vorschläge verwirklicht. Die im Interesse der Feuersicherheit empfohlene Einschaltung der Feuerwehr hat noch keine Abänderung der Missstände erfahren. Behelfsbauten und Wagen stehen derart dicht beieinander, dass in der Heizperiode eine erhöhte Brandgefahr nicht ausgeschlossen werden kann.</p> <p>Zusammenfassung: Durch unsere regelmäßigen Besichtigungen und Fühlungen mit der Obdachlosenbehörde wird der Platz in einem erträglichen hygienischen Zustand gehalten. Stichproben bei den sanitären Anlagen ergaben keine groben Missstände in Sauberhaltung und Wartung</p>	E 66: 360 Akz. 2005/091

13	29.3.1973	„Mit Frühlingsbeginn kommen auch die Landfahrer wieder“ Auf dem Gelände der Eisenbütteler Straße campen zur Zeit mit Wohnwagen und Zelt Landfahrer aus Hannover und Dortmund. Auf diesem Gelände ist das Wohnen auf Zeit jedoch nicht gestattet. Nach den Vorschriften des Ordnungsamtes ist dafür eine Fläche am Madamenweg ausgewiesen. Wird von reisenden Landfahrern nicht sonderlich geschätzt, da sich die stationären Landfahrer am Madamenweg mit den Durchreisenden kaum vertragen	Bser Zeitung
14	30.1.1975	„Zigeuner am Rand der Stadt. Viele wollen in feste Unterkünfte ziehen“ Am Madamenweg stehen für 150 Bewohner nur sechs Toiletten zur Verfügung. Einzige Trinkwasserleitung ist im Winter bei Frost ständig zugefroren. Kontrolle des Platzes obliegt dem Ordnungsamt. Nach Angaben der Bewohner erfolgt Inspizierung nur von der Einfahrt zum Platz aus. Amt für Wohnungswesen möchte feste Unterkünfte verschaffen, es finden sich aber keine privaten Vermieter.	Bser Zeitung
15	14.8.1975	„Ein wildes Zigeunerlager empörte die Kleingärtner“ Kleingärtner Kennel zunächst nur zornig gegen Zigeuner, die seit Dienstag vergangener Woche das städtische Ausstellungsgelände bevölkern. Nun auch empört über Ordnungsamt. Auf ihre Klagen über die Verschmutzung durch Landfahrer wurde erklärt, die Landfahrer weigerten sich, den Platz zu verlassen, und für Zwangsumsetzung habe die Stadt kein Geld. Polizei sagt: Ordnungsamt hat gekniffen. Polizei hatte sich dafür ausgesprochen, dass die Landfahrer auf den gebührenfreien Platz am Madamenweg ausweichen. Dafür hätte Ordnungsamt um Amtshilfe an Polizei wenden müssen. Polizei sagt „Wir werden nach dieser bekannt gewordenen Haltung der Stadt mit Sicherheit den ganzen Sommer dort Landfahrer haben, denn das spricht sich schnell herum Die Stadt müsste am Madamenweg wenigstens einen menschenwürdigeren Platz anbieten, denn auch die Zigeuner klagen, daß er ihnen zu schmutzig sei“	Bser Zeitung
16	30.1.1980	„Zigeuner fühlen sich diskriminiert“ „Braunschweigs Zigeuner müssen sich mit einem „Lager für Landfahrer“ am Madamenweg bescheiden.... Die Zigeuner selbst fühlen sich nicht nur durch den ständigen Besuch von Polizeistreifen diskriminiert“	Bser Zeitung
17	5.2.1980	„Auch die Sinti wollen Campingplätze benutzen“ ... „ Behörden und Bürger behandelten die Sinti oft wie Menschen zweiter Klasse. Sie mußten in Lagern an den Stadträndern wohnen (so auch in Braunschweig). Verbote, Kontrollen, Durchsuchungen, Verleumdungen und Verfolgungen gehörten zu ihrem Alltag“ ...	Bser Zeitung
18	27.12.1980	„Die Sintis luden zu nächtlicher Christvesper“ Kurz vor Mitternacht fanden sich auf dem Landfahrer-Parkplatz am Madamenweg Braunschweiger und Zigeuner zu gemeinsamer Christvesper zusammen	Bser Zeitung
19	1.1.1995	Satzung über die Benutzungs- und Gebührenordnung für den städtischen Wohnwagenaufstellplatz in der Stadt Braunschweig (Wohnwagenplatzsatzung)	
20	20.10.2008	Stellungnahme Verwaltung zu Anfrage 798/08 der BIBS-Fraktion vom 26.8.2008 in Bezug auf Spielgelegenheiten für Wohnwagenaufstellplatz (im Sozialausschuss am 30.8.2008)	Nr. 7402/08

21	20.1.2009	Stellungnahme Verwaltung zu Anfrage 1209/08 der BIBS-Fraktion vom 23.1.2009 in Bezug auf die Situation der Sinti am Wohnwagenaufstellplatz Madamenweg (im Sozialausschuss am 5.2.2009)	Nr. 7492/09
----	-----------	--	-------------

Zigeuner hoffen auf festen Abstellplatz

Braunschweiger Pastor will helfen – Gemeinschaftshaus als Mittelpunkt einer Siedlung

Der Plan des Braunschweiger Pastors Georg Althaus, der den Zigeunern in Bad Hersfeld bald feste Unterkünfte verschaffen soll (siehe „BZ“ vom 31. Januar), hat die an der Langen Straße und Weberstraße in Wohnwagen logierenden Sinti – so bezeichnen sich die deutschen Zigeuner – zu eigener Aktivität veranlaßt. Ehe ihnen die Grundstücksbesitzer die Mietverträge aufkündigen, wollen sie sich nach einem festen Abstellplatz umsehen.

In den Kreisen der Zigeuner hofft man seit langem auf einen solchen Lagerplatz, der mit Trinkwasseranschluß, Kanalisation, Müllabfuhr und Stromversorgung versehen werden müßte. Dies ist um so verständlicher, als die Trümmerfelder in der Stadtmitte selbst niedrigsten Ansprüchen nicht genügen können.

Pastor Althaus, der dem evangelisch-lutherischen Pfarramt für den Dienst an Israel und den Zigeunern in Braunschweig vorsteht, wurde in diesen Tagen in einem der Wagen an der Langen Straße mit den Plänen der Zigeuner vertraut gemacht. Er will sich

nun bei der Stadtverwaltung dafür einsetzen, daß man den Sinti einen Platz überläßt, auf dem sie – falls ihnen der Sinn danach steht – auch bauen können.

Denn gerade im Winter, wenn sie in ihren Wagen unter der strengen Kälte leiden, nimmt der Wunsch nach einem festen Haus bei den Zigeunern feste Gestalt an. Einige Familien denken schon jetzt daran, sich dauerhafte Winterquartiere zu bauen, in die sie sich in der kalten Jahreszeit zurückziehen können.

Für Pastor Althaus, der die Gedankenwelt der Zigeuner kennt, kommen

diese Pläne nicht überraschend. Er stimmt mit anderen Fachleuten darin überein, daß der Wandertrieb der Zigeuner seit 1945 erheblich nachläßt und hat mit den Zigeunern zusammen bereits überlegt, welche Form ein zukünftiger Lagerplatz haben müsse.

Man wolle, erklärte er der „BZ“, ein Gemeinschaftshaus errichten, das der Mittelpunkt des Abstellgeländes sein solle. Um das Gebäude herum würden die Zigeuner dann ihre Wagen aufstellen und eventuell Häuser bauen. Mit dieser Konzentrierung erreiche man, daß die Zigeuner ihre überlieferten Sitten zwar beibehalten, gleichzeitig aber aus den Vorteilen der Zivilisation Nutzen ziehen könnten.

Ob dieser Plan Wirklichkeit werden wird, hängt davon ab, auf welches Verständnis er bei den zuständigen Behörden stößt. Pastor Althaus hofft, daß man ein Einsehen mit den Zigeunern haben wird. Et

BZ 14. 5. 1959

Seite 19

Zigeuner sollen Abstellplatz erhalten

Wasser, Strom und Kanalisation vorgesehen – Rat muß entscheiden

Für die Zigeuner, die immer noch in Wohnwagen an der Langen Straße und der Weberstraße logieren, scheinen bessere Zeiten anzubrechen. Die Stadtverwaltung plant, ihnen am Ausgang des Madamenweges einen festen Lagerplatz zuzuweisen, auf dem sie ihre fahrbaren Unterkünfte gemeinsam abstellen können.

Die Entscheidung darüber ist zwar noch nicht endgültig gefallen – Ausschüsse und Rat der Stadt müssen erst einem vom Bauamt auszuarbeitenden Plan und einem Kostenvoranschlag zustimmen – die Zigeuner haben jedoch bereits durch ihren Anführer Josef Steinbach eingewilligt, in den Westen der Stadt zu ziehen.

Dort sollen sie freilich bessere Zustände als auf den augenblicklichen Standplätzen erwarten, die weder Wasseranschluß noch Kanalisation be-

sitzen und deshalb dem Gesundheitsamt seit langem Sorgen bereiten. Der neue Platz auf dem Gelände einer früheren Tonkuhle erhält nach den jetzigen Plänen einen festen Boden, der die Wagen tragen kann; Häuser wollen die Zigeuner ohnehin nicht bauen.

Auch die Errungenschaften der Zivilisation sollen den Zigeunern nicht länger vorenthalten bleiben. Neben Wasser- und Stromanschluß wird das Lager Madamenweg mit einer Kanalisation und festen Toilettenanlagen versehen.

Kommentierte Pastor Georg Althaus, der den evangelisch-lutherischen Dienst an Israel und den Zigeunern versieht: „Besonders den Kindern wird die neue Umgebung guttun. Die Kleinen haben am meisten unter den Zuständen in der Altstadt zu leiden.“ Et

Zigeuner suchen eine Bleibe

Braunschweigs „Zigeunerpastor“ Althaus schaltete sich ein

Einige Zigeuner, die vor einigen Monaten mit dem Transport aus Polen über Büchen in die Bundesrepublik gekommen waren und seitdem noch keine Bleibe gefunden hatten, trafen gestern in Braunschweig ein.

Der Landkreis, an den sie sich auf der Suche nach einem festen Standplatz gewandt hatten, verständigte sofort den Braunschweiger „Zigeunerpastor“ Georg Althaus. Ihm sagte die Stadt für seine Schützlinge zunächst einen provisorischen Platz zu.

Für die erste Nacht fanden die Männer, deren Frauen und Kinder sehnsüchtig in Eisenbahnwaggons auf die erhoffte gute Nachricht warteten, im Hotel Union Unterkunft. Dort fand mit

den Zigeunern, die im Besitze eines gültigen Passes sind, teils in zigeunerisch, teils in polnisch und deutsch ein erstes Kontaktgespräch statt. In Braunschweig ansässige Zigeuner waren beim Dolmetschen behilflich. Pastor Althaus kamen seine vortrefflichen Kenntnisse der Zigeunersprache zugute.

Die Ankömmlinge sind – ein für sie typischer Beruf – durchweg Kupferschmiede. Sie versicherten, daß sie niemandem zur Last fallen und sich ein ordentliches Leben aufbauen wollten. Pastor Althaus, der nun bemüht ist, den Leidgeprüften, deren Angehörige größtenteils im KZ Auschwitz endeten, zu helfen, wies darauf hin,

daß Zehntausende von Zigeunern durch die Nazis umgebracht worden sind. Für das deutsche Volk ergebe sich aus dieser Tatsache heraus eine besondere Verpflichtung.

Die Zigeuner, die für das Verständnis, das sie gefunden hatten, sehr dankbar waren, verabschiedeten sich von ihrem „Pastor“ mit einem: „Herzlichen Dank, Raschai“.

Zigeuner hoffen auf festen Abstellplatz

Braunschweiger Pastor will helfen – Gemeinschaftshaus als Mittelpunkt einer Siedlung

Der Plan des Braunschweiger Pastors Georg Althaus, der den Zigeunern in Bad Hersfeld bald feste Unterkünfte verschaffen soll (siehe „BZ“ vom 31. Januar), hat die an der Langen Straße und Weberstraße in Wohnwagen logierenden Sinti – so bezeichnen sich die deutschen Zigeuner – zu eigener Aktivität veranlaßt. Ehe ihnen die Grundstücksbesitzer die Mietverträge aufkündigen, wollen sie sich nach einem festen Abstellplatz umsehen.

In den Kreisen der Zigeuner hofft man seit langem auf einen solchen Lagerplatz, der mit Trinkwasseranschluß, Kanalisation, Müllabfuhr und Stromversorgung versehen werden müßte. Dies ist um so verständlicher, als die Trümmerfelder in der Stadtmitte selbst niedrigsten Ansprüchen nicht genügen können.

Pastor Althaus, der dem evangelisch-lutherischen Pfarramt für den Dienst an Israel und den Zigeunern in Braunschweig vorsteht, wurde in diesen Tagen in einem der Wagen an der Langen Straße mit den Plänen der Zigeuner vertraut gemacht. Er will sich

nun bei der Stadtverwaltung dafür einsetzen, daß man den Sinti einen Platz überläßt, auf dem sie – falls ihnen der Sinn danach steht – auch bauen können.

Denn gerade im Winter, wenn sie in ihren Wagen unter der strengen Kälte leiden, nimmt der Wunsch nach einem festen Haus bei den Zigeunern feste Gestalt an. Einige Familien denken schon jetzt daran, sich dauerhafte Winterquartiere zu bauen, in die sie sich in der kalten Jahreszeit zurückziehen können.

Für Pastor Althaus, der die Gedankenwelt der Zigeuner kennt, kommen

diese Pläne nicht überraschend. Er stimmt mit anderen Fachleuten darin überein, daß der Wandertrieb der Zigeuner seit 1945 erheblich nachläßt und hat mit den Zigeunern zusammen bereits überlegt, welche Form ein zukünftiger Lagerplatz haben müsse.

Man wolle, erklärte er der „BZ“, ein Gemeinschaftshaus errichten, das der Mittelpunkt des Abstellgeländes sein solle. Um das Gebäude herum würden die Zigeuner dann ihre Wagen aufstellen und eventuell Häuser bauen. Mit dieser Konzentrierung erreiche man, daß die Zigeuner ihre überlieferten Sitten zwar beibehalten, gleichzeitig aber aus den Vorteilen der Zivilisation Nutzen ziehen könnten.

Ob dieser Plan Wirklichkeit werden wird, hängt davon ab, auf welches Verständnis er bei den zuständigen Behörden stößt. Pastor Althaus hofft, daß man ein Einsehen mit den Zigeunern haben wird. Et.

BZ 24. 5. 1959

Seite 19

Zigeuner sollen Abstellplatz erhalten

Wasser, Strom und Kanalisation vorgesehen – Rat muß entscheiden

Für die Zigeuner, die immer noch in Wohnwagen an der Langen Straße und der Weberstraße logieren, scheinen bessere Zeiten anzubrechen. Die Stadtverwaltung plant, ihnen am Ausgang des Madamenweges einen festen Lagerplatz zuzuweisen, auf dem sie ihre fahrbaren Unterkünfte gemeinsam abstellen können.

Die Entscheidung darüber ist zwar noch nicht endgültig gefallen – Ausschüsse und Rat der Stadt müssen erst einem vom Bauamt auszuarbeitenden Plan und einem Kostenvoranschlag zustimmen – die Zigeuner haben jedoch bereits durch ihren Anführer Josef Steinbach eingewilligt, in den Westen der Stadt zu ziehen.

Dort sollen sie freilich bessere Zustände als auf den augenblicklichen Standplätzen erwarten, die weder Wasseranschluß noch Kanalisation be-

sitzen und deshalb dem Gesundheitsamt seit langem Sorgen bereiten. Der neue Platz auf dem Gelände einer früheren Tonkuhle erhält nach den jetzigen Plänen einen festen Boden, der die Wagen tragen kann. Häuser wollen die Zigeuner ohnehin nicht bauen.

Auch die Errungenschaften der Zivilisation sollen den Zigeunern nicht länger vorenthalten bleiben. Neben Wasser- und Stromanschluß wird das Lager Madamenweg mit einer Kanalisation und festen Toilettenanlagen versehen.

Kommentierte Pastor Georg Althaus, der den evangelisch-lutherischen Dienst an Israel und den Zigeunern versieht: „Besonders den Kindern wird die neue Umgebung guttun. Die Kleinen haben am meisten unter den Zuständen in der Altstadt zu leiden.“ Et.

Zigeuner suchen eine Bleibe

Braunschweigs „Zigeunerpastor“ Althaus schaltete sich ein

Einige Zigeuner, die vor einigen Monaten mit dem Transport aus Polen über Büchen in die Bundesrepublik gekommen waren und seitdem noch keine Bleibe gefunden hatten, trafen gestern in Braunschweig ein.

Der Landkreis, an den sie sich auf der Suche nach einem festen Standplatz gewandt hatten, verständigte sofort den Braunschweiger „Zigeunerpastor“ Georg Althaus. Ihm sagte die Stadt für seine Schützlinge zunächst einen provisorischen Platz zu.

Für die erste Nacht fanden die Männer, deren Frauen und Kinder sehnsüchtig in Eisenbahnwaggons auf die erhoffte gute Nachricht warteten, im Hotel Union Unterkunft. Dort fand mit

den Zigeunern, die im Besitze eines gültigen Passes sind, teils in zigeunerisch, teils in polnisch und deutsch ein erstes Kontaktgespräch statt. In Braunschweig ansässige Zigeuner waren beim Dolmetschen behilflich. Pastor Althaus kamen seine vortrefflichen Kenntnisse der Zigeunersprache zugute.

Die Ankömmlinge sind – ein für sie typischer Beruf – durchweg Kupferschmiede. Sie versicherten, daß sie niemandem zur Last fallen und sich ein ordentliches Leben aufbauen wollten. Pastor Althaus, der nun bemüht ist, den Leidgeprüften, deren Angehörige größtenteils im KZ Auschwitz endeten, zu helfen, wies darauf hin,

daß Zehntausende von Zigeunern durch die Nazis umgebracht worden sind. Für das deutsche Volk ergebe sich aus dieser Tatsache heraus eine besondere Verpflichtung.

Die Zigeuner, die für das Verständnis, das sie gefunden hatten, sehr dankbar waren, verabschiedeten sich von ihrem „Pastor“ mit einem: „Herzlichen Dank, Raschai“.

„Raschai“ Althaus hilft weiter



„Raschai, Raschai“ (Pastor) klang es am Freitagmittag auf dem Platz neben der alten Radrennbahn an der Salzdahlumer Straße, und in Sekundenschnelle war Pastor Althaus umringt. Von seinen neuesten Schützlingen, den Angehörigen der fünf polnischen Zigeunerfamilien, die am 15. September nach Braunschweig gekommen waren und inzwischen von der Stadt einen festen Standplatz zugeteilt erhielten.

Der „Zigeunerpastor“ hatte sich dafür eingesetzt, und immer wieder wird ihm Dank dafür gesagt, auf polnisch, auf zigeunerisch und radebrechend auf deutsch. Bereitwillig werden ihm die zigeunerischen Namen der einzelnen Familienmitglieder genannt, die sonst nur gesagt werden, wenn man „unter sich“ ist. Aber „Raschai Althaus“ gehört inzwischen „dazu“.

Warum sie damals aus Polen und über Büchen nach Deutschland geflüchtet sind, obwohl sie viele Wertsachen, fast alles Eigentum und ihre Arbeit zurücklassen mußten? „Wir wollten nicht auch, wie zweihundert Familien unseres Stammes, nach Rußland verschleppt werden“, erzählt der augenblickliche Lagerleiter. „Aber wir wollen hier nicht von der Stadt oder dem Staat unterstützt werden, sondern arbeiten.“

Und es ist etwas Stolz dabei, wenn er weiter sagt, daß alles, was sie haben, von ihrem geretteten Geld gekauft wurde. Auch die Wagen, die keineswegs neu sind, aber in denen große Sauberkeit herrscht. Obwohl sie von vielköpfigen Familien bewohnt werden.

Mit ihrem Platz sind die Flücht-

linge sehr zufrieden, und sie sind vor allem froh, daß sie keine Furcht mehr vor Vertreibung zu haben brauchen. Das Wasser bekommen sie aus einem in der Nähe liegenden Garten. Gegen Bezahlung. Nur eines fehlt ihnen noch sehr: Sie wären froh, wenn sie einen Anschluß an das Elektonetz erhalten könnten. Vor allem wegen des Lichtes, aber auch wegen der Radios, die zur Zeit nur als stumme Zierde in den Wagen stehen. Neben den Heiligenbildern.

Sehr viel ist natürlich nicht mehr von dem einstigen Barbesitz übrig, daher wollen die Männer so bald als möglich mit der Arbeit beginnen. Ihr „Raschai“ wird ihnen dabei helfen, indem er für die Formalitäten der polizeilichen Anmeldung und für die Ausstellung der Gewerbescheine die nötigen Verhandlungen mit den Dienststellen führen wird. In ihrem eigentlichen Beruf als Kupferschmiede werden die Zigeuner allerdings hier kein Unterkommen finden können, daher wollen sie durch Handel das nötige Geld verdienen.

In Kürze wird auch der Stammesführer Michal Kwiek nach Braunschweig kommen. Sein Sohn wohnt bereits hier. „Aber mehr Familien werden es nicht. Das haben wir bereits auch mit der Stadt abgesprochen.“

Uebrigens wird in absehbarer Zeit ein großes Fest in dem kleinen Zigeunerlager gefeiert werden: eine Hochzeit. „Raschai, wir möchten gern, daß Sie die Trauung übernehmen“, bat einer der Zigeuner. Einen besseren Beweis für ihr Vertrauen zu dem „Zigeunerpastor“ dürfte es nicht geben. Foto: Stoletzki

(5)

B 2 10. 12. 1959

Kein Platz für die Wagen der Zigeuner

Zeit drängt - Sammelplatz im Westen der Stadt geplant - Schwierigkeiten aufgetaucht

Noch immer stehen auf den Trümmerflächen an der Langen Straße und an der Stiftsgasse die Wagen der Zigeuner. Der seit Jahren zugesagte Sammelplatz für alle in der Stadt vor Anker gegangenen Wagenbewohner ist bislang ein leeres Versprechen geblieben. Um es endlich einzulösen, hat jetzt Braunschweigs Oberstadtdirektor in dieser Angelegenheit höchste Eile befohlen.

Vor rund zehn Tagen hat der Verwaltungschef die bisher auf diesem Gebiet ohne sichtbare Fortschritte tätigen Ämter beauftragt, möglichst bald die Voraussetzungen für eine Umquartierung der Fahrenden von den verschiedenen teils privaten, teils städtischen Grundstücken in der Innenstadt auf einen befestigten Platz am Stadtrand zu sorgen.

Dieses plötzliche Tempo scheint in der Tat geraten. Gerade nämlich auf den zerbombten Flächen an der Ecke Stiftsgasse — Lange Straße stoßen sich

die Interessen der Zigeuner mit denen der übrigen Braunschweiger härter als jemals vorher. Nur wenige Meter neben den Wohnwagen ist die neue Ausleihe der städtischen Bücherei inzwischen bis zum verglasten Rohbau gediehen. Als Grünanlage und Standort anderer Büchereierweiterungen sollen die vorläufig noch von den Fahrenden besetzten Grundstücke, von denen bis auf eines alle in städtischer Hand sind, im Laufe des nächsten Jahres in den Bücherei-Komplex einbezogen werden.

Mit einiger Genauigkeit läßt sich also schon jetzt der Tag vorausberechnen, an dem zumindest an der Ecke Stiftsgasse / Lange Straße für die sich ohnehin schon mehr und mehr auf die Pelle rückenden Zigeuner effektiv kein Quadratmeter Platz mehr da sein wird.

Im Rathaus hat das etliche Verwirrung gestiftet. Zwar fand man nach längerem Suchen inzwischen ein als Sammelplatz für alle Fahrenden geeignetes Gelände. „Unterm Kröppelberg“ heißt es und es liegt nördlich des Madamenweges außerhalb der Bebauungszone in einer vorwiegend von Kleingärten genutzten Feldmark. Aber:

• Dieses Gelände, eine mit Müll aufgeschüttete frühere Tonkuhle, besitzt bisher weder Wasserleitungsanschluß, noch Kanalisation. Planiert ist es ebenfalls noch nicht und die für die Planierung und den Anschluß an das Wasser- und Abwassernetz notwendigen Mittel sind bisher nirgendwo ausgewiesen. Und:

• Die städtische Gesundheitsbehörde hat gegen einen Sammelplatz für die Zigeuner auf dem Gelände „Unterm Kröppelberg“ aus mancherlei Gründen, darunter auch bevölkerungshygienischen, Stellung genommen.

In der Bauverwaltung, genauer im Liegenschaftsamt, gibt sich deshalb keiner der Illusion hin, daß unter der Amtszeit des gegenwärtigen Oberstadtdirektors aus einer ordnungsgemäßen Umsiedlung der Fahrenden von der Langen Straße — Ecke Stiftsgasse auf einen Sammelplatz etwas wird.

Dennoch braucht sich dieses Amt um den „Schwarzen Peter“ keine Sorgen zu machen. Ihn kann es nämlich in dem Fall, daß das Gelände Stiftsgasse / Lange Straße eher für die Erweiterungen der Bücherei gebraucht wird (und das ist wahrscheinlich) als der Sammelplatz fertig wird, getrost einem anderen Amt zuschieben. „Dann muß eben das Ordnungsamt eingreifen“, heißt es zuversichtlich. Damit wäre man dann genauso schlau wie zuvor. -nd

Feste Plätze für Zigeuner gefordert

Zigeunermissionskonferenz - Als Menschen zweiter Klasse behandelt

Betreuungsstellen für Zigeuner in allen größeren Orten des Bundesgebietes und feste Plätze mit Wasserversorgung und Stromanschluß für ihre Unterkünfte forderte Pastor Althaus, der Leiter des in Braunschweig beheimateten Pfarramtes für den Dienst an Israel und den Zigeunern, während der 3. Zigeunermissionskonferenz, die die Braunschweigische evangelisch-lutherische Landeskirche in Braunschweig veranstaltete.

Wie Althaus mitteilte, hätten die Bemühungen des von ihm geleiteten Pfarramtes, die Zigeuner sesshaft zu machen und in den Wirtschaftsprozeß einzugliedern, bereits Erfolg gehabt. Allerdings sei es nicht immer leicht, ihnen Arbeit zu verschaffen, weil die von ihnen ausgeübten Berufe nicht mehr zeitgemäß seien. Schwierigkeiten ergäben sich darüber hinaus durch den Umstand, daß die Zigeuner immer noch als Menschen zweiter Klasse angesehen würden.

Richard Grunow, Redakteur des Wochenblattes der Braunschweigischen evangelischen-lutherischen Landeskirche „Sonntag“, bezeichnete es als eine Verpflichtung aller deutschen Christen, das Unrecht, das man an den Zigeunern in Deutschland vor allem in den Konzentrationslagern begangen habe, wieder gut zu machen. „In den Zigeunern nehmen wir uns Menschen an, an denen wir schuldig geworden sind“, erklärte Grunow.

Schriftsteller Walter Weil, Mitarbeiter der römisch-katholischen Zigeuner-

mission, berichtete während der Konferenz über das Leben der Zigeuner in Spanien und Südfrankreich. Weil selbst hat mehrere Jahre lang unter Zigeunern gelebt.



SPENDEN FÜR DIE ZIGEUNER verteilte Pastor Georg Althaus, der Leiter des Pfarramtes für den Dienst an Israel und den Zigeunern der evangelisch-lutherischen Landeskirche, vor der von ihm am Sonntag veranstalteten Zigeunermissionskonferenz. Auf dem Bild: Althaus bringt Kleidungsstücke und Bettwäsche in eine Zigeunerunterkunft in der Nähe der ehemaligen Radrennbahn an der Salzdahlumer Straße.

Foto: Hoppe

B2 6.4.1960

Zigeuner brauchen Platz für ihre Wagen

Stadt hat Räumungsklage gewonnen – „Zigeuner-Satzung“ wird vorbereitet

Das Problem, wo die Zigeuner ihre vorläufig noch auf den Trümmerflächen in der Innenstadt stehenden Wohnwagen künftig aufstellen sollen, ist für die Stadtverwaltung offenbar eine so harte Nuß, daß man sich inzwischen die Zähne daran stumpf gebissen hat. Bereits vor zwei Jahren wurde ein Sammelplatz für alle Zigeunerwagen zugesagt. Bis heute blieb dieses Versprechen uneingelöst, denn: „Es ist noch alles völlig in der Schwebe“, ließ Braunschweigs Stadtbaurat am Dienstag auf eine Anfrage durch sein Vorzimmer wissen.

Diese Antwort erstaunt vor allem deshalb, weil der inzwischen in den Ruhestand getretene Oberstadtdirektor Dr.-Ing. E. h. Lotz noch wenige Wochen vor dem Ausscheiden aus dem Amt von einer kurzfristigen Entscheidung gesprochen hatte. Da vor allem die an der Langen Straße mit ihren Wagen vor Anker gegangenen „Fahrenden“ den beginnenden Wiederaufbau am Radeklint erheblich behindern, hatte er Anfang Dezember seine Aemter zu besonderer Eile angespornt.

Ein Platz sollte gefunden werden, auf dem alle in Braunschweig lebenden Zigeuner — ihre Zahl kann nicht einmal die Polizei genau schätzen —

ihre Wagen aufstellen können. Wasseranschluß sollte der Platz erhalten und eine Kanalisation.

In der Gemarkung „Unterm Kröppelberg“, nördlich des Madamenweges, außerhalb der Bebauungszone gelegen, fand man auch das Richtige. Kurz darauf meldete jedoch die Gesundheitsbehörde „bevölkerungshygienische Bedenken“ an. Das Projekt wurde fallengelassen. Neue Platzvorschläge aber blieben bisher aus.

Solange diese Platzfrage nicht gelöst ist, werden vermutlich auch alle anderen Schritte, die man in der Zwischenzeit im Rathaus unternommen hat, lediglich theoretischer Natur sein. Dazu zählt vor allem die seit längerem

angekündigte „Zigeuner-Satzung“, die dem Rat für die Mai-Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Diese Satzung sieht unter anderem vor: Grundsätzlich ist es künftig verboten, auf „ungeeigneten“ Grundstücken im Stadtgebiet (eine Liste der ungeeigneten Grundstücke wird der Satzung beigegeben) Wohnwagen aufzustellen. In besonderen Fällen kann die Stadt jedoch Ausnahmen zu lassen.

Daß die Platzfrage das A und O ist, beweist eine Gerichtsentscheidung, die das Bauverwaltungsamt jetzt durchgeboxt hat, noch eindeutiger. Auf Be-

treiben dieses Amtes nämlich wurden die Zigeuner, die ihre Wagen an der Langen Straße neben dem neuen Ausleihgebäude der städtischen Bücherei auf städtischem Grund und Boden aufgestellt haben, zur Räumung verurteilt. Aber: „Das Räumungsurteil wird erst vollstreckt, wenn ein anderer Platz für die Wagen da ist“, sagt Oberverwaltungsrat Meyer-Degering, der Chef des Bauverwaltungsamtes. —nd.

Nach jahrelangem Zögern Sammelplatz zugesichert

Den Fahrenden wird ein Gelände westlich der Stadt zugewiesen

Ein Plan, über den verschiedene Ämter der Braunschweiger Stadtverwaltung seit Jahren ohne den geringsten sichtbaren Erfolg gebrütet haben, scheint demnächst doch noch verwirklicht zu werden: In diesem Jahr soll für alle Zigeunerwagen an der westlichen Peripherie der Stadt ein Sammelplatz angelegt werden. „Zuerst muß der Rat über unsere Pläne entscheiden,“ erklärte der Leiter des Stadtplanungsamtes, Oberbaurat Dr.-Ing. Michehl am Donnerstag.

Nach jahrelangem Suchen scheint die Stadt nun endlich ein Gelände entdeckt zu haben, auf dem die Voraussetzungen für eine Umquartierung der Fahrenden von den teils privaten, teils städtischen Grundstücken geschaffen werden können.

Pastor Georg Althaus, der Leiter des Pfarramtes für den Dienst an Israel und den Zigeunern der evangelisch-lutherischen Landeskirche, sprach von einer „glänzenden Lösung“, die dem Stadtplanungsamt eingefallen sei. Mit dem 1960 in den Ruhestand getretenen Oberstadtdirektor Dr. E. h. Lotz hatte er mehrfach die Frage erörtert, wo die Zigeuner mit ihren Wohnwagen vor Anker gehen könnten.

Hauptsächlich auf den zerbombten Flächen am Radeklint, an der Salzdahlumer Straße und bei Querum haben sich die Fahrenden in Wohnwagen und anderen Notunterkünften niedergelassen.

Pastor Althaus und die Braunschweiger Zigeuner, von denen ein Teil zur Zeit auf Wanderschaft ist, hatten beim zuständigen Stadtdezernat Forderungen angemeldet:

- Der Sammelplatz soll in freier Natur jedoch nicht abseits von den

öffentlichen Verkehrsverbindungen liegen.

- Das planierte Gelände muß an die Trinkwasserleitung, an die Schmutzwasserkanalisation und an das Stromnetz angeschlossen werden.

- Bei der Ausgestaltung müßten Pläne für die Schaffung von Winterquartieren berücksichtigt werden.

Um unnötige Kosten zu sparen, hat die Stadt, bevor sie jetzt nach jahrelangem Zögern den Fahrenden einen

Standort zuweisen will, zwei Baufachleute zur Besichtigung von Zigeunerplätzen in anderen Städten ausgesandt.

Pastor Althaus hält mit weiteren Ideen für die Einrichtung des Sammelplatzes noch zurück. Sein Ziel ist es, auch den Kindern der Zigeuner ein freundliches Dasein zu sichern. -ay.



Den Fahrenden wird ein Gelände westlich der Stadt zugewiesen

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Freitag, 21. April 1961

Platz für Zigeuner

Es geht jetzt um die Kanalisation / Zentrum geplant

Der gestrige Freitag war für Zigeunerpastor Georg Althaus nicht leicht: er stand vor der schweren Entscheidung, ob er dem Plan der Stadt, am Madamenweg einen zentralen Zigeunerplatz einzurichten, seine Zustimmung geben oder versagen sollte. Noch vor wenigen Tagen sah alles vielversprechend aus. Dann, am Donnerstag, teilte die Stadt mit, daß am Madamenweg keine Kanalisation vorhanden sei. Pastor Althaus schrieb sofort an Oberstadtdirektor Weber: „Leider muß ich jetzt schwere Bedenken anmelden.“

Bevor auf Einzelheiten eingegangen wird, muß hier zunächst grundsätzlich gesagt werden: die Hoffnung der Zigeuner, einen annehmbaren Platz zu erhalten, ist nicht trügerisch. Wir haben gestern beide Seiten gehört und kamen zu dem Schluß, daß im Rathaus alles getan wird, um dieses Ziel möglichst schnell zu erreichen.

Aber auch die Bedenken des Zigeunerpastors sind verständlich: er möchte seinen Schützlingen auch in Braunschweig die Möglichkeit bieten, unter günstigen und hygienisch einwandfreien Bedingungen zu leben.

Die bisherigen Verhandlungen zwischen Pastor Althaus und der Stadt verliefen in der denkbar besten Atmosphäre. So hieß es in dem gestrigen Schreiben an den Oberstadtdirektor: „Zunächst ist festzustellen, daß Ihre Herren in sehr entgegenkommender Weise auf meine Vorschläge eingegangen sind.“ Sie seien bereit, aus dem an sich ungünstigen Platz das Bestmögliche zu machen, erklärte Althaus.

Die Bedenken tauchten jedoch auf, als der Pastor erfuhr, daß die hygienischen Verhältnisse am Madamenweg nicht so geregelt werden können, wie es zu wünschen wäre. Man mag einwenden, diese Frage sei keineswegs weltbewegend und dürfe den Plan auf keinen Fall scheitern lassen, aber man darf nicht übersehen, daß Pastor Althaus mit der Einrichtung eines zentralen Platzes viel weitgestecktere Ziele verfolgt: er will für die in Braunschweig sesshaften Zigeuner ein „Gemeindezentrum“ gründen, mit einem Kindergarten und mit Kontaktmöglichkeiten zur Bevölkerung. Er

sagte dazu: „Eine solche Anlage darf nicht im Stil des 19. Jahrhunderts eingerichtet werden.“

Die Stadt kennt selbstverständlich diese Pläne des Zigeunerpastors. Und sie ist auch gewillt, ihm jede mögliche Unterstützung zu geben. Im Auftrage des Oberstadtdirektors sagte gestern Baudirektor Dr. Böhlke: „Wir wollen den Platz asphaltieren und wir haben gerade in diesen Tagen ein Wasch- und Toilettenhaus entwickelt, das den etwas schwierigen Erfordernissen gerecht wird.“ Aber die Stadt sei im Augenblick nicht in der Lage, das Gebiet an das Kanalisationsnetz anzuschließen.

So ist der Stand der Dinge. Man kann unschwer erkennen, daß auf beiden Seiten viel guter Wille vorhanden ist. Auch Pastor Althaus wollte gewiß kein „Porzellan zerschlagen“, als er gestern seine Bedenken anmeldete. Ihm geht es letzten Endes darum, Voreingenommenheiten abzubauen, die man seinen Schützlingen noch immer entgegenbringt.

Er will, daß man sie nicht als Menschen zweiter Klasse ansieht, sondern daß man sie auch dann toleriert, wenn man ihre fremd anmutenden Gepflogenheiten nicht in vollem Umfang billigt.

Das ist ein sehr schöner Vorsatz. Und da man im Rathaus genau so denkt und im Prinzip bereit ist, diese Bemühungen nach besten Kräften zu unterstützen, darf hier zum Schluß die Hoffnung geäußert werden, daß sich die jetzt ein wenig verfahrenene Situation in den nächsten Tagen zum besten werden wird.

Zigeunerwagen rollen zum Madamenweg

Der neue Wohnplatz an der westlichen Peripherie der Stadt wurde fertiggestellt

Seit dem 1. Dezember rollen die Wohnwagen der in Braunschweig ansässigen Zigeuner zum Madamenweg. Die Bewohner der etwa 20 Wagen werden dort künftig auf dem in der Nähe der Stadtgrenze gebauten Wohnwagenplatz an der westlichen Peripherie Braunschweigs leben. Das Grundstück für die Zigeuner ist etwa drei Morgen groß und bietet fast 30 Wagen Platz.

Die „Landfahrer“ mußten ihre bisherigen Wohnplätze aufgeben, da sie sich zum Teil auf Grundstücken der Innenstadt angesiedelt hatten, die nach einer Satzung vom 22. Juni 1961 als ungeeignete Plätze für Wohnwagen erklärt wurden.

Mit dem Bau eines Wohnwagenplatzes folgte die Stadt Braunschweig dem Beispiel anderer Städte, in denen es schon seit mehreren Jahren Sammelplätze für die Zigeuner gibt (München, Hildesheim, Hamburg, Bremen und Göttingen). „Der Platz ist umzäunt und entspricht den modernen hygienischen Ansprüchen“, erläuterte der Leiter des Wohnungsamtes, Willi Wegener. „Ein Häuschen mit zwei Toiletten, zwei Waschräumen und einer Waschküche wurde bereits fertiggestellt. Es sollen dort jedoch noch fünf weitere Häuschen aufgestellt werden.“

Der Boden des Platzes wurde mit einer neuartigen Steinmehlmischung angelegt. „Dadurch hat sich auch die Eröffnung verzögert“, betonte Stadtinspektor Löper, „bei den anhaltenden Regenfällen konnte die Mischung nicht austrocknen.“ Um den Platz auch nachts ordentlich beleuchten zu können, wurden moderne Bogenlampen aufgestellt.

Bereits am vergangenen Freitag trafen die ersten beiden Wagen am Madamenweg ein. Es handelte sich dabei um Zigeuner, die ihre Wohnwagen ohne fremde Hilfe in die neue Umgebung bringen konnten. Die restlichen Wagen werden seit einigen Tagen von der Stadt abgeholt und zum Madamenweg gezogen. Da die Wagen seit Jahren auf einem Platz standen, war der Abtransport zum Teil sehr schwierig. Mehrere Wagen waren bis zu 30 Zentimeter im Morast versunken.

„Vielleicht könnte man auf dem neuen Wohnwagenplatz noch mehr als 30 Wagen unterbringen“, erklärte Stadtinspektor Löper, „wir haben jedoch von der Polizei die Auflage be-

kommen, mindestens drei Meter zwischen den Wagen frei zu lassen“, da die Behausungen fast alle aus Holz bestehen.

Die Aufsicht über den Platz wurde der Obdachlosenbehörde übertragen. „Wir haben einen Lagerverwalter eingesetzt, der zu den Landfahrern gehört“, erklärte der Leiter des Wohnungsamtes, Willi Wegener, „und wir hoffen, durch ihn einen guten Kontakt mit den Zigeunern pflegen zu können.“

Die Bewohner des Wohnwagenplatzes müssen sich einer Lagerordnung unterwerfen. Natürlich können die Zigeuner auf dem neuen Platz nicht kostenlos wohnen. Aus der La-

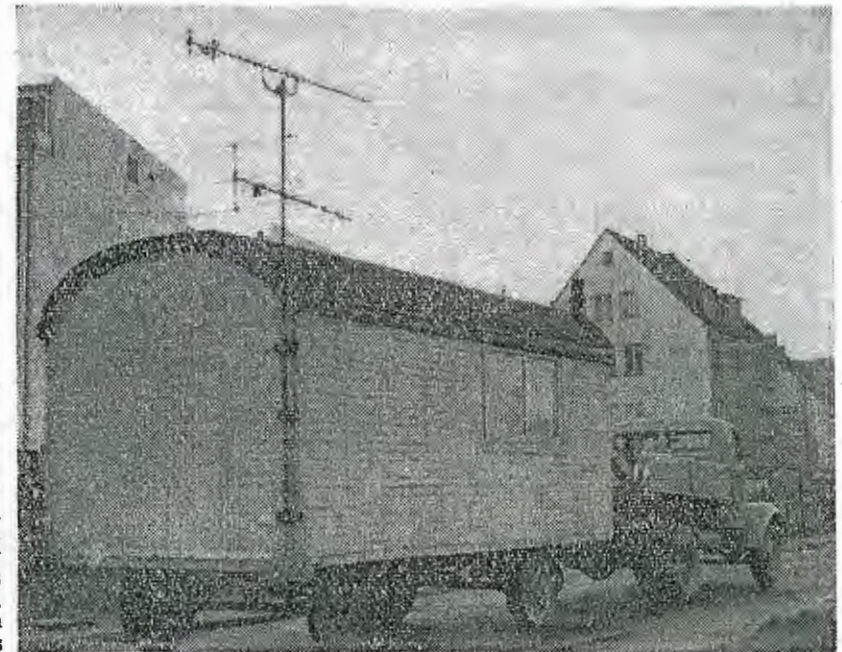
gerordnung geht hervor, daß Durchreisende pro Tag und Standplatz eine Mark entrichten müssen. Dauerbewohner müssen für sieben Tage fünf Mark bezahlen. Das entspricht einer Monatsmiete von 22,50 Mark.

Was die Zigeuner bisher an Miete bezahlen mußten, richtete sich nach ihren Abmachungen mit den Grundstücksbesitzern, auf deren Land sie ihre Wohnwagen abgestellt hatten.

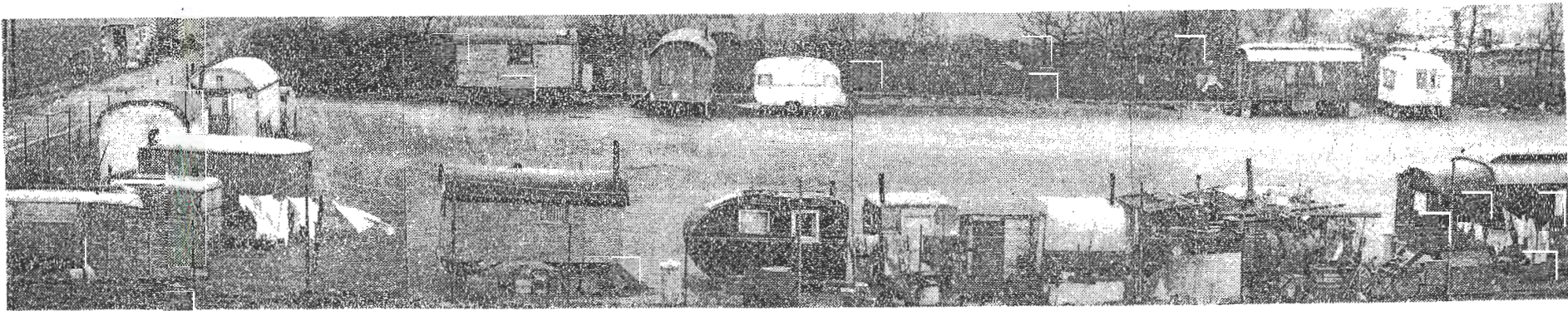
Der Bau des Zigeunerwohnwagenplatzes wurde in Braunschweig seit mehreren Jahren diskutiert. Im April 1961 hatte man sich geeinigt, den Platzvorschlag des Fraktionsvorsitzenden der SPD, des Ratsherrn Schiller, anzunehmen und mit dem seit langem ersehnten Projekt zu beginnen. kpw



EIN SCHWERER KRAN hob die Behausung einer Zigeunerfamilie auf den Lastkraftwagen, der die Unterkunft auf den gut ausgestatteten Platz am Madamenweg brachte.
Foto: Steffens



MIT DER ZEIT GEHEN AUCH DIE LANDFAHRER, die hier auf ihrem Wagen eine beachtliche Fernsehantenne montiert haben.
Foto: Steffens



AUF DEM WOHNWAGENPLATZ für Landfahrer am Madamenweg stehen zur Zeit 16 Wohnwagen mit etwa 50 Insassen in Quartier. Der Platz kostete die Stadt bisher rund 95 000 DM.

Foto: Steffen

Der Wohnwagenplatz bereitet noch Sorgen

Anfahrt erhält feste Decke — Sträucherhecke und weitere sanitäre Anlagen geplant

Die Anwohner des Madamenweges waren mit gutem Grund nicht gerade erfreut, als die Stadtverwaltung Anfang Dezember den eigens für diesen Zweck mit einem Aufwand von 95 000 DM hergerichteten Wohnwagenstandplatz in ihrer Nachbarschaft den Landfahrern übergab, die vorher an etlichen Stellen in der Innenstadt kampierten. Heute liegen dort 16 Wohnwagen mit etwa 50 Insassen in Quartier.

Die Unterbringung der Landfahrer, die niemand gerne zum Nachbarn haben möchte, ist ein Problem, das alle Großstädte lösen müssen. Die Landfahrer sind nun einmal da, man kann sie nicht „ausweisen“, weder von Stadt zu Stadt noch von Land zu Land. Braunschweig kann schon von Glück reden, daß es gelang, ihre Wohnwagen auf einem Platz an der Peripherie zusammenzufassen.

Dieser Platz jedoch leidet vorläufig unter Mängeln, die in den nächsten Wochen behoben werden sollen. „Mit den Ergänzungsarbeiten, deren Notwendigkeit uns schon im Dezember klar war, mußten wir trockene Witterung abwarten“, erläutert Wohnungsamtsleiter Amtmann Wegener.

Von der Müllkühle bis zum Lager tor gleicht der 150 Meter lange Anfahrtsweg zum Wohnwagenplatz, besonders bei starkem Regen, einem verschlammten Acker. „Das Tiefbauamt hat die tiefen Furchen bereits vorübergehend mit Bockasche ausgeglichen und die Schlaglöcher zugedeckt“, berichtet Stadtinspektor Löper. „Wenn das Wetter besser wird, soll der Weg planiert werden und eine feste Decke erhalten.“

Die Bewohner des Platzes beschwerten sich insbesondere über den penetranten Geruch, den die in unmittelbarer Nähe gelegene Müllkippe ausstrahlt. Hiergegen soll die Ostseite des Wohnwagenplatzes durch eine dichte Sträucherhecke abgeschirmt werden.

Toiletten, zwei Waschräume und zwei Waschküchen errichtet werden.

Da es auf dem Wohnwagenplatz am Madamenweg zunächst keine einzelnen Stromzähler gab, weigerten sich einige Bewohner, ihre Stromrechnungen zu bezahlen. „In den nächsten Tagen werden wir in jedem Wohnwagen für die Stromabnehmer einen Münzzähler anbringen“, versicherte Stadtinspektor Löper, „dann wird es zu keinen Streitigkeiten mehr kommen, da der Stromverbrauch jedes einzelnen genau kontrolliert werden kann.“

Der Bau des Wohnwagenplatzes hat bisher über 100 000 DM gekostet. „Mit den Mieten, die die Landfahrer bezahlen, können wir nicht einmal die laufenden Verwaltungskosten decken“, betonte Stadtamtmann Wegener, „da die Standgebühr in der Woche nur fünf DM beträgt. Wir wundern uns immer wieder, daß die Benutzer des Platzes nicht einmal diesen geringen Betrag ohne zu murren entrichten wollen.“

kpw

Amt 53
Gesch. B.: 53 1 n I / 18

Braunschweig, den 21. 9. 1967

B e r i c h t

Betr.: Städt. Wohnwagenstellplatz Marienweg 93

Bzgl.: Laufende hygienische Überwachung, Ortsbesichtigung am 20. 9. 1967
sowie unsere Vorberichte

Am 20. 9. 1967 erfolgte eine erneute hygienische Überprüfung des Städt. Wohnwagenstellplatzes durch unseren Gesundheitsüberwachser.


Hierbei stellte er folgende hygienische Besonderheiten fest:

- 1.) Es fiel auf, dass in allerhöchster Zeit der unmittelbare Zufahrtsweg zum Wohnwagenplatz einer Ausbesserung bedarf. Schon jetzt machen sich vorhandene Löcher und Beschädigungen in der Teerdecke der Zufahrtsstraße sehr ungünstig bemerkbar und es ist zu erwarten, dass die Schäden mit Beginn der feuchten und kalten Jahreszeit noch erheblicher werden. Geklagt wurde auch darüber, dass die Teerdecke des Platzes an einigen Stellen instandgesetzt werden muss, da sich durch den derzeitigen Zustand, bedingt bei länger anhaltendem Regen, länger anstehende Wasserlachen bilden.
- 2.) Die in unserem Bericht vom 23. 8. 1967 erwähnten hygienischen Missetaten und unnötigen Anregungen wurden entweder zum größten Teil behoben bzw. wurden unsere Vorschläge verwirklicht. Der Platzwart ist auch dankbar dafür, wenn auch durch unsere Mitwirkung in seiner manchmal schwierigen Funktion aufkommende bzw. schon vorhandene hygienische Mißstände abgestellt werden.
- 3.) Leider konnten wir feststellen, dass der Platzbewohner Bartsch noch immer nicht den angefahrenen Unrat um seine Unterkunft beseitigt hat. Platzbewohner erklärten, dass er wohl einen Teil des Unrates fortbringt, aber dann wieder mit einem vollen Wagen zurückkommt. Soweit wir feststellen konnten, handelt es sich tatsächlich hier um kaum brauchbare Gegenstände oder Materialien.
- 4.) Die von uns im Interesse der Feuersicherheit empfohlene Einschaltung der Städt. Feuerwehr hat bisher noch keine Abänderung der aufgewiesenen Mißstände erfahren. Die vorhandenen Behälterbauten und Wagen etc. sind derart eng beieinander errichtet oder aufgestellt, dass man in der Heizperiode eine erhöhte Brandgefahr nicht ausschliessen kann. Es wird daher für zweckmäßig gehalten, diese Belange erneut aufzugreifen.

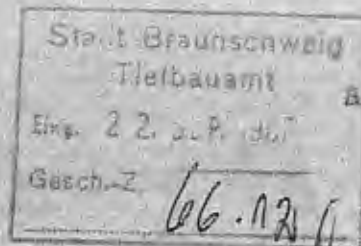
b.v.

Zusammenfassung:

Es muss erwähnt werden, dass durch unsere regelmäßigen Besichtigungen und Fühlungen mit der Städt. Obdachlosenbehörde der Wohnwagenabstellplatz unter Berücksichtigung der vorhandenen Bevölkerung (Zigeuner) in hygienischer Hinsicht in einem erträglichen Zustand gehalten wird. Stichproben bei den sanitären Anlagen haben in den letzten Jahren ergeben, dass grobe Missetände in der Sauberhaltung und Wartung nicht mehr vorgefunden wurden.


(Behrens)

Amt 53
Gesch. 2.: 53 1 a



Braunschweig, den 21. 9. 1967

An
die Ämter 32.5 und 66

wird vorstehender Bericht unseres Gesundheitsoberaufsehers zur gefl. Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung übersandt.

Wir bitten, wenn möglich, noch im Laufe dieses Jahres die defekte Zufahrtsstraße, die unseres Erachtens auch ziemlich beansprucht wird, instandzusetzen.

Vermutlich!

Infahrtsweg würde mit Handkapselchen versehen.

Der Wohnwagenplatz würde im Auftrag des Tiefbauamtes, von Regiohölzern ausgebaut.

3./10. 67 H.


Dr. Wittig

3. d. A. 3237 H. 14/10

Mit Frühlingsbeginn

kommen auch die Landfahrer wieder. Manche machen in Braunschweig nur kurz Station, andere bleiben länger. Auf dem Gelände der Eisenbütteler Straße campen zur Zeit mit Wohnwagen und Zelt Landfahrer aus Hannover und Dortmund: Auf diesem Gelände ist das „Wohnen auf Zeit“ jedoch nicht gestaffet. Nach den Vorschriften des Ordnungsamtes ist dafür eine Fläche am Madamenweg ausgewiesen, die allerdings von den reisenden Landfahrern nicht sonderlich geschätzt wird. Nach den Erfahrungen des Ordnungsamtes vertragen sich die stationären Landfahrer vom Madamenweg mit den durchreisenden „Kollegen“ kaum; deshalb dürfen die Landfahrer nahe der Eisenbütteler Straße noch bis Ende dieser Woche „stillschweigend geduldet“ dort bleiben.

BZ-Foto: Helmuth Wesemann





Wagen polnischer Zigeuner. Sie sprechen eine Sprache, die Braunschweiger Zigeuner nicht verstehen.

67/3

Zigeuner am Rand der Stadt TOP 6.5

Viele wollen in feste Unterkünfte ziehen

Endlos zieht sich der Madamenweg nach Westen. Bunker, Obdachlosenunterkünfte, Wendeschleife der Buslinie 18, Müllkippe. Dann, unmittelbar hinter dem Müllberg, kommt der städtische Platz für die Zigeuner. Auf dem in diesen Tagen pfützenübersäten Gelände stehen moderne Camping-Wagen neben alten Wohnbuden, dazwischen Autos der oberen Mittelklasse. Der deutsche Zigeuner August Petermann, gebürtig aus Greifswald in Pommern, sagt: „So leben wir in unserem fortschrittlichen Deutschland.“

Der 46jährige wohnt wie einige der anderen deutschen Zigeuner schon über zehn Jahre hier. 1974 wies die Stadt 70 polnischen Zigeunern, die aus Hamburg nach Braunschweig kamen, den Platz als Quartier zu. Einige der Polen bezogen inzwischen Unterkünfte am Wendener Weg. Zwischen den am Madamenweg verbliebenen polnischen Zigeunern und den Familien mit deutschem Paß sind Reibereien an der Tagesordnung. Sprachlich gibt es Verständigungsschwierigkeiten. Die Zigeunersprache zerfällt in verschiedene Dialekte, die sich sehr fern stehen können.

August Petermann träumt von einer festen Wohnung in der Stadt. „Wir wollen leben wie normale Menschen.“ Er und die übrigen Angehörigen der Sippe sind sesshaft geworden. Ihre Kinder gehen zur Schule. In Braunschweig und Umgebung treiben sie ihre ambulanten Geschäfte: sie handeln mit Schrott, mit Antiquitäten oder mit Pferden. „Die Zigeuner wenden sich in der Regel freien Berufen zu, weil ihnen geregelte Arbeitszeit ungewohnt ist und der feste Arbeitsplatz sie einengt.“ So steht es im Brockhaus.

Wie August Petermann beziehen viele ältere Zigeuner in Braunschweig

eine Ausgleichsentschädigung für erlittene KZ-Haft. Er und seine sieben Geschwister wurden Anfang der 40er Jahre zunächst nach Auschwitz verfrachtet. Kurz vor Ende des Krieges nach Bergen-Belsen. Dort wurden sie von den Siegermächten befreit.

● Braunschweiger Kunststudenten aus der Filmklasse Gerhard Büttenbenders untersuchten für eine Semesterarbeit die Existenzbedingungen der 150 auf dem Platz lebenden Zigeuner genauer. „Sind Kinder im Haushalt, die in den zwar gut eingerichteten, aber engen Wohnwagen kaum Möglichkeiten zum Spielen haben, so steht die Hausfrau vor einem fast unlösbaren Reinigungsproblem. Für die 150 Bewohner stehen nur sechs Toiletten zur Verfügung. Die einzige Trinkwasserleitung ist im Winter bei Frost ständig zugefroren. Die Kontrolle des Platzes, die dem Ordnungsamt obliegt, wird nach Angaben der Bewohner nur von der Einfahrt inspiziert, von wo aus das Lager noch relativ sauber aussieht.“

● Das Amt für Wohnungswesen möchte mitziehen, um den deutschen Zigeunern feste Unterkünfte zu verschaffen. Es geht von der Devise aus: Nur keine neuen Gettos schaffen. Es finden sich nur keine privaten Vermie-

ter, die den Zigeunern helfen wollen. Sozialarbeiterin Gisela Türke, zu deren Bereich der Platz gehört, meint, die städtische Gesellschaft Nibelungen könnte schon eher mit Wohnungen einspringen.

Auch die Familien mit Kindern möchten wenig mehr als 100 DM für die Miete ausgeben. Das ist für eine durchschnittliche Altbauwohnung zu wenig. Gisela Türke hat immer noch wenig Anhaltspunkte über die tatsächlichen Einkommensverhältnisse der Zigeuner. Ihre Sorgenkinder sind die Kinder und Jugendlichen, die dort isoliert aufwachsen.

August Petermann, der sich seit einiger Zeit intensiv um eine Wohnung bemüht: „Wir werden mit Ausreden immer wieder abgewiesen.“ Und: „Schwarze Schafe gibt es auch bei uns, aber müssen die anderen darunter leiden?“

Vorurteile scheinen unausrottbar. Wenig begreiflich ist vielen, warum die Zigeuner, die sich doch mit ärmlichen Buden zufrieden geben, so große Wagen fahren. Aber kann man mit 40 PS einen großen Wohnwagen bewegen?



Zigeunerehepaar Kurt und Erika Stein. Ihr Wohnwagen ist innen gemütlich wie eine Puppenstube eingerichtet. Auch sie suchen eine feste Unterkunft.

BZ-Fotos: Hartmut Zibellius

+ B.R. Donnerstag, 14. August 1975

Ein wildes Zigeunerlager empörte die Kleingärtner

Ordnungsamt: „Für Zwangsumsetzung haben wir kein Geld“

Der Zorn der Kleingärtner des Gartenvereins Kennel richtete sich anfangs nur gegen die Zigeuner, die seit Dienstag vergangener Woche mit ihren Campingwagen und Fahrzeugen das städtische Ausstellungsgelände bevölkern. Nach wenigen Tagen waren die Schrebergärtner auch empört über das Ordnungsamt, denn von der Polizei an diese Behörde verwiesen, um dort ihre Klagen über die Verschmutzung durch Landfahrer vorzubringen, wurde schlicht erklärt, die Landfahrer weigerten sich, den Platz zu verlassen, und für eine Zwangsumsetzung habe die Stadt kein Geld.

Gartenbesitzer Herbert Grundmann spricht zum Beispiel von einer „unzumutbaren Umweltverschmutzung“ zwischen Bahnunterführung und Kennelbad, wo „unzählige Kothaufen mit Papier von den Landfahrern“ herumliegen würden. Außerdem würden die Zigeuner, die angaben, auf einem im Krankenhaus liegenden Sippenbruder warten zu wollen, über die Zäune in die Gärten steigen, um Wasser oder Obst zu holen.

„Die Verschmutzung hält sich in Grenzen“, glaubt Stadtoberamtmann Heinz-Wilhelm Schulz vom Ordnungsamt. Er bestätigt gegenüber der BZ, daß die Stadt die 17 Campingwagen aus Kostengründen nicht umgesetzt habe. Die geschätzten 3000 DM hätte die Stadt vermutlich niemals erstattet bekommen.

Am Mittwochmorgen, nach acht Tagen, zogen die Landfahrer in Richtung Hannover. Ein Polizeikommissar: „Sie haben einen Haufen Unrat hinterlassen.“ Schulz heftet sich und seinen Mitarbeitern die Federn an den Hut, als er betont: „Nicht zuletzt auf Grund unseres dauernden Druckes haben die Zigeuner das Gelände verlassen.“ Ein Polizeibeamter jedoch sagt das Gegenteil: „Das Ordnungsamt hat gekniffen, denn nach den vielen Klagen hatten wir uns dafür ausgesprochen, darauf zu drängen, daß die Landfahrer auf den dafür zuständigen gebührenfreien Platz am Madamenweg ausweichen. Aber das Ordnungsamt hätte sich um Amtshilfe an uns wenden müssen.“

Hauptkommissar Erich Bunte von i. Polizeirevier zieht ebenso wie Kleingärtner Grundmann einen naheliegenden Vergleich: „Wenn Bürger Müller sich mit seinem Campingwagen dort hinstellt, bekommt er eine Anzeige. Und das ist für uns unbefriedigend.“ Schulz betont auf eine entsprechende Frage lediglich: „Bei Bundesdeutschen hätten wir mit mehr Einsicht rechnen können.“

Mit der Abreise der Landfahrer sieht Hauptkommissar Bunte das Problem noch nicht vom Tisch: „Wir werden nach dieser bekannt gewordenen Haltung der Stadt mit Sicherheit den ganzen Sommer dort Landfahrer haben, denn das spricht sich schnell herum.“

Und mit einem Seitenhieb auf die Verwaltung: „Die Stadt müßte am Madamenweg wenigstens einen menschenwürdigeren Platz anbieten, denn auch die Zigeuner klagen, daß er ihnen zu schmutzig sei.“

Am Dienstagabend hatte die Berufsfeuerwehr zur Eisenbütteler Straße ausrücken müssen, um ein von den Landfahrern angezündetes Feuer zu löschen. hh

Zigeuner fühlen sich diskriminiert

TOP 65

Gottesdienst zum „Holocaust der Roma“ am Sonntag um 16.30 Uhr in der Magni-Kirche

Ihr Platz ist außerhalb, im deutlichen Abstand von den Wohnungen anderer Menschen. Braunschweigs Zigeuner müssen sich mit einem „Lager für Landfahrer“ am Madamenweg bescheiden. Karl Schönfeld vom „Arbeitskreis Holocaust“, der sich im Anschluß an die Fernsehserie in der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) gebildet hat, nennt das „erbärmliche Verhältnisse“. Die Zigeuner selbst fühlen sich nicht nur durch den ständigen Besuch von Polizeistreifen diskriminiert.

Es war kein gewöhnliches Treffen, das in der vorigen Woche im Clubraum der ESG ablief. Vier Braunschweiger Zigeuner erzählten vor einer Handvoll Studenten ihre Lebensgeschichte. Sie berichteten von Auschwitz, davon, wie ihre Eltern von den Nazis vergast, ihre Geschwister ermordet und davon, wie sie selbst — als damals 17jährige — gefoltert worden sind. Nach Schätzungen der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ sind 500 000 Zigeuner den NS-Verfolgungen zum Opfer gefallen.

Es berichtete einer, der das Konzentrationslager zwischendurch verlassen durfte: Er wurde zu „medizinischen Versuchen“ abgeordnet. Er hatte Glück, denn er gehörte schließlich zu den sechs von hundert, die diese Experimente überlebten. Die Zigeuner sagten, während sie von den Greueln berichteten, immer wieder: „Die Wirklichkeit war noch viel schlimmer.“

In den Nächten nach solchen Berichten, in denen sie ihre Vergangenheit ins Bewußtsein zurückholen, können die Zigeuner nicht schlafen, wie sie eingestehen. Seit Auschwitz sei das Wort „Lager“ für sie unerträglich geworden. Doch ihre derzeitige Anschrift, wie sie die Stadt in Briefen wähle, laute „Lager für Landfahrer“.

Um ihre Entschädigungen als Opfer des Nationalsozialismus fühlen sich die Zigeuner betrogen. Im Umgang mit den Behörden unerfahren, oft des Lebens unkundig, seien sie mit ein paar Mark abgespeist worden. Der, der Auschwitz

und „medizinische Versuche“ überlebte, erzählte, daß er 390 DM Rente bekomme.

Überall würden sie vertrieben, erklärten die Zigeuner. Sie hätten große Schwierigkeiten, Wohnungen zu finden. Der Zutritt zu Campingplätzen bleibe ihnen verwehrt, obwohl es zu ihrer Lebensart, zu ihrer Kultur gehöre, zumindest für ein paar Wochen im Sommer hinauszufahren, um dabei Handel zu treiben und Musik zu machen. Hotelzimmer könnten sie sich mit ihren Familien nicht leisten.

Diese Lebensart der Zigeuner oder Roma, wie sie sich nennen, hat historische Ursachen. Grattan Puxon schreibt in dem Taschenbuch „In Auschwitz vergast, bis heute verfolgt“ (rororo aktuell 4430): „Vor tausend Jahren wurden die Roma aus ihrem Heimatland Punjab durch Invasionstruppen vertrieben und in alle Winde zerstreut. Unter Zurücklassung von Gemeinden im mittleren Osten begannen Roma während des 12. Jahrhunderts in Europa einzusickern, (...) doch bot sich ihnen nie eine echte Gelegenheit, auf

eigenem Boden Fuß zu fassen. Zwangsläufig betrieben sie zumeist Wandergerwerbe und wurden mit der Zeit zum unsteten, häufig nomadischen Element, das sich über den ganzen Kontinent ausbreitete.“

Der „Arbeitskreis Holocaust“ will die Situation der Zigeuner in Braunschweig der Öffentlichkeit bewußtmachen. Dabei soll ein Gottesdienst helfen, der am Sonntag (3. Februar) um 16.30 Uhr in der St.-Magni-Kirche stattfindet. An dessen Gestaltung wirken Braunschweiger Zigeuner mit. Für den musikalischen Rahmen sorgt das „Häns'che-Weiß-Quartett“. Zu den Mitveranstaltern gehören die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ in Göttingen und die „Antikriegswerkstatt“ in Sievershausen.

Bei Worten und Musik soll es nicht bleiben. Der „Arbeitskreis Holocaust“ hat bereits Gespräche im Sozialministerium in Hannover geführt, um konkrete Verbesserungen für Braunschweigs Zigeuner zu erzielen. ml

B.2.5.2 1980

17

+ Seite

Auch die Sinti wollen Campingplätze benutzen

Zigeuner fordern außerdem „zumutbare Wohnungen“

Laßt uns gemeinsam mit ihnen ihr Recht fordern! war das Motto eines Gottesdienstes mit Zigeunern in der St.-Magni-Kirche. Dazu hatten der Arbeitskreis „Holocaust“ der Evangelischen Studentengemeinde, die Gesellschaft für bedrohte Völker und die „Antikriegswerkstatt“ in Sievershausen eingeladen. Das bekannte Zigeunerensemble von Häns'che Weiss spielte zum Auftakt die „Lustige Zigeunerweise“.

Karl Schönfeld vom Arbeitskreis „Holocaust“ erklärte: „Wer unter uns liebt nicht die feurigen Tänze und Weisen, die wir Zigeunermusik nennen? Unsere sentimentale Liebe hat kaum Grenzen. Sie endet erst bei den Zigeunern selbst, den Menschen. Schon der Name, den wir ihnen gegeben haben, zeugt für unsere Mißachtung, unser Vorurteil. Er ist in unseren Augen der ‚ziehende Gauner‘, nicht der Nächste, den zu lieben und zu achten wir aufgefordert sind.“

Mitglieder des Arbeitskreises zeigten aktuelle Beispiele der Benachteiligung der Roma und Sinti (so nennen sich die Zigeuner) auf: Behörden verhinderten den Zuzug, setzten Prämiën aus, damit Sinti die Stadt verließen, verweigerten die Staatsbürgerschaft.

Der Braunschweiger Sinti Stein beklagte die andauernde psychische Verfolgung seines Volkes. Behörden und Bürger behandelten die Sinti oft wie Menschen zweiter Klasse. Sie mußten in Lagern an den Stadträndern wohnen (so auch in Braunschweig). Verbote, Kontrollen, Durchsuchungen,

Verleumdungen und Verfolgungen gehörten zu ihrem Alltag. Ein anderer Sinti berichtete von Mord und Folter a Roma und Sinti in den Konzentrationslagern des Nationalsozialismus.

Die Sinti forderten keine Sonderrechte, sondern die gleichen Rechte wie andere Bürger: Zumutbare Wohnungen in allen Stadtteilen und die Erlaubnis, Campingplätze zu den üblichen Bedingungen zu benutzen. Sie erklärten: „Wenn einer das Recht hätte voreingenommen zu sein, dann wäre das wir Sinti, deren Angehörige verbrannt oder vergast wurden!“

Den Völkermord an den Zigeuner beschrieb Tilmann Zülch in einer längeren Referat. Zülch ist Mitarbeiter der Gesellschaft für bedrohte Völker in Göttingen und Herausgeber des Buches „In Auschwitz vergast, bis heute verfolgt“. Er bezeichnete die Sinti als „eine wehrlose Minderheit“, die bei der Vergangenheitsbewältigung vergessen worden sei: „Wir haben uns um die Wiedergutmachung herumgedrückt. Er forderte, die Renten der Roma und Sinti, die in Auschwitz waren, „s anständig zu erhöhen, daß sie kein Sozialarbeiter mehr brauchen“.

In einem Gebet verglich Studentenfarrer Herbert Erchinger die Verfolgung Jesu mit der der Roma und Sinti. Weger der Kälte in der Kirche wurde auf die ursprünglich geplante Diskussion verzichtet. Sie soll im Arbeitskreis „Holocaust“ nachgeholt werden. Dies trifft sich an jedem Montag um 18 Uhr in der Evangelischen Studentengemeinde, Pockelsstraße 21. n

klärt.

B.2.16.2 1982

Sinti-Beratung in Hannover?

BRAUNSCHWEIG (epd) Niedersachsen will die erste zentrale Beratungsstelle für Sinti und Roma in der Bundesrepublik errichten. Wie das Sozialministerium am Montag mitteilte, ist als Standort Hannover im Gespräch.

Braunschweigs Studentenfarrer Herbert Erchinger, Beauftragter seiner Landeskirche für den Dienst an den Zigeunern, verwies allerdings auf einen Beschluß der Niedersächsischen Sinti-Gruppen für Braunschweig als Standort des zentralen Büros.

Die Sintis luden zu nächtlicher Christvesper

Gottesdienst unter freiem Himmel

Weitab vom Weichbild der Stadt hatten sich am Heiligen Abend kurz vor Mitternacht auf dem Landfahrer-Parkplatz am Madamenweg Braunschweiger und Zigeuner zu gemeinsamer Christvesper zusammengefunden. Die erste Veranstaltung dieser Art ist durch die Initiative des Arbeitskreises „Holocaust“ und des Pfarrers der Evangelischen Studentengemeinde, Pastor Erchinger, zustande gekommen.

Erchinger, der auch die Christvesper gestaltet hatte, ist vor kurzem von der Landeskirche mit der Seelsorge für die Sinti betraut worden.

Aus diesem Anlaß überreichte Oberlandeskirchenrat Henje Becker die traditionsreichen Altargeräte der zum erstenmal im Jahre 1933 von Pastor Althaus in Timmerlah gegründeten Zigeunerseelsorge: Abendmalkelch und Weinkanne, Oblatenschale und Altarkreuz.

Zusammen mit Pastor Erchinger waren Mitglieder des Arbeitskreises und der Studentengemeinde bemüht, mit Lesungen, Darbietungen moderner Weihnachtslieder und Instrumentalmusik Gemeinschaftsgefühl zu erzeugen. Dies gelang auch zum größten Teil, wenn auch die Hemmungen der Besucher beim Singen zunächst deutlich überwogen.

In seiner Predigt beleuchtete Erchinger vor allem den sozialen Aspekt des in der Weihnachtsgeschichte überlieferten Geschehens, sprach von dem „Skandal“ der Obdachlosigkeit einer Hochschwangeren und ihrer Entbindung in einem Stall.

Ausgehend von der Präambel des Grundgesetzes beklagte sodann der Gründer und Leiter des Arbeitskreises „Holocaust“ die in einigen Städten der Bundesrepublik unvermindert anhaltende entwürdigende Behandlung der Sintis, mangelnde Rücksicht auf ihre spezifischen kulturellen Bedürfnisse und Traditionen sowie die von Vorur-



Um die bunten Lichter eines Tannenbaumes scharten sich am Heiligen Abend Sintis und ihre Gäste zur Mitternachts-Christvesper am Madamenweg.

BZ-Fotos: Helmut Weseman

teilen bestimmte Haltung Einheimischer.

Nachdem Oberlandeskirchenrat Becker die Grüße des Landesbischofs Dr. Heintze überbracht hatte, erinnerte er an den Anspruch aller Minderheiten — auch der Sintis — auf die Unverletzlichkeit ihrer Würde, das Recht auf Bewahrung ihrer Eigenständigkeit und die Notwendigkeit von Zuwendung. Er betonte vor allem die Pflichten, die Christen gegenüber ihren Nächsten auferlegt seien.

Am Schluß des Gottesdienstes, als gemeinsam alte bekannte Weihnachtslieder gesungen wurden, klangen die Stimmen schon kräftiger. Langsam, ganz langsam löste sich die betont höfliche Zurückhaltung der Gastgeber.

Ein Glühwein, zu dem der Sippenälteste eingeladen hatte, förderte die Redelust und trotz der Kühle blieben alle länger, als eigentlich geplant, bis schließlich in immer mehr Wohnwagen das Licht anging, Kinder und Hunde eingesammelt wurden, und nur noch einige leidenschaftliche Diskutierer kein Ende finden konnten. HBG



Den als Christbaumständer dienenden Autoreifen hatten sich Kinder als einzigen Sitzplatz rechtzeitig gesichert.

FB 50 / 50.11 über Dez. IV über FBL 41

Wohnwagenaufstellplatz: Textmodul zum Thema Braunschweiger Sinti

Im Folgenden wird ein Überblick über das Thema „Vertreibung“ und „Würdigung der Opfergruppe der Braunschweiger Sinti“ sowie der Definition des Begriffes „Sinti“ in der Abgrenzung zu dem Begriff „Roma“ zugeleitet. Diese Informationen resultieren aus der Zuständigkeit des FB 41 für Erinnerungsarbeit / Gedenkstättenkonzept der Stadt Braunschweig. In diesem Tätigkeits-Kontext initiiert der FB 41 immer wieder Aktionen und kulturelle Angebote jeweils aus Anlass des Jahrestages der Deportation der Braunschweiger Sinti am 3. März 1943. An diesem Tag führt die Stadt Braunschweig jährlich ein Stilles Gedenken an dem zentralen Mahnmal für die Braunschweiger Sinti im Rathaus / Platz der Deutschen Einheit durch. Zudem ermöglicht die Stadt den hiesigen Sinti ein Zusammenkommen an diesem Tag im Rathaus.

1. Mahnmal für die Braunschweiger Sinti:

Am 6. Februar 2001 hat der Rat der Stadt Braunschweig das Konzept zur Planung, Errichtung und Gestaltung städtischer Erinnerungsstätten zur nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, kurz: „Gedenkstättenkonzept“ beschlossen. Wesentlicher Aspekt des Konzeptes ist die Entscheidung für eine dezentrale Form der Erinnerung, um an unterschiedlichen Orten den verschiedenen Opfergruppen eine angemessene Würdigung geben zu können. Einer der zentralen Erinnerungsorte ist das „Mahnmal für die Braunschweiger Sinti“ im Rathaus der Stadt Braunschweig (Übergabe im Jahr 2002).

Auszug aus der Darstellung im Internet der Stadt Braunschweig:

„Im Rathaus - Altbau der Stadt Braunschweig befindet sich ein symbolischer Raum des Erinnerns und Gedenkens, der den Braunschweiger Sinti gewidmet ist. Das Leiden dieser Menschen unter der nationalsozialistischen Herrschaft war lange Zeit fast vergessen. Die Erinnerungsstätte gibt daher nicht nur dem offiziellen Gedenken einen Rahmen, sondern ist auch Anstoß für die individuelle Suche nach Erinnerungen an die Zeit des Nationalsozialismus.“

Der Entschluss des Rates der Stadt, eine Erinnerungsstätte für die verfolgten und ermordeten Braunschweiger Sinti zu schaffen, resultierte aus einem intensiven Dialog mit dem Niedersächsischen Verband Deutscher Sinti e.V., in dem würdevolle Formen des Umgangs mit der Vergangenheit gesucht wurden.

Der gemeinsame Wunsch, einen würdigen Erinnerungsort zu finden, führte zur Ausschreibung eines künstlerischen Wettbewerbs. Eine Jury unter Vorsitz des Präsidenten der Hochschule für Bildende Künste, Prof. Dr. Michael Schwarz, wählte den Entwurf des Braunschweiger Künstlers Ohannes Tapyuli zur Umsetzung aus. Parallel dazu initiierte die Stadt ein Forschungsprojekt zur Aufarbeitung der Geschichte der Braunschweiger Sinti. Um die Opfer der Anonymität zu entheben und eine bewusste, konkrete Beschäftigung mit dem Geschehenen anzuregen, wurden die im Rahmen dieses Forschungsprojekts recherchierten 124 Opfernamen Bestandteil der Erinnerungsstätte. (...)

Historischer Hintergrund

Die Verfolgung und Ermordung der Sinti und Roma wurde vom nationalsozialistischen Regime systematisch betrieben. Die Basis der Vernichtungspolitik bildete ein biologistisches Rassedenken, für das insbesondere die 1936 gegründete "Rassenhygienische

Forschungsstelle" des Neurologen und Psychiaters Robert Ritter die Argumente lieferte. Seit 1934 wurden nach dem "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" Sterilisationen an Sinti und Roma vorgenommen. Mit den Nürnberger Gesetzen von 1935 wurden die "Zigeuner" zur "außereuropäischen Fremdrasse" erklärt. Die daraus resultierende Diskriminierung und Ausgrenzung, die vollständige Erfassung und die seit 1939 erfolgende "Festsetzung" der Sinti in sogenannten Sammellagern waren Schritte auf dem Weg zur Vernichtung dieser Menschen. Auch in Braunschweig-Veltenhof wurden Sinti in einem solchen Lager ghettotisiert. Im März 1943 wurden sie von dort zum Braunschweiger Bahnhof gebracht und in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert. Nur wenige überlebten. Diejenigen, die zurückkehrten, hatten alles verloren."

2. Zur Begriffsdefinition „Sinti und Roma“

Das Sinti-Forum Braunschweig e. V. (Vorsitzender: Herr Heinz Stein) gibt auf seiner Internetseite folgende Erläuterung, die das Selbstverständnis der Bevölkerungsgruppe der (Braunschweiger) Sinti (nicht: Sinti und Roma) erkennen lässt:

„Sinti bilden in Deutschland, aber auch in Frankreich, den Niederlanden und der Schweiz eine Bevölkerungsgruppe, die Romanes spricht. Die Bezeichnung Sinti (der Sinto, die Sinteza) verweist vermutlich auf die nordindische Region Sindh. Die deutschen Sinti sind in der Bundesrepublik Deutschland als nationale Minderheit anerkannt. Das heißt, sie sind Deutsche mit einer eigenen Kultur und Sprache, wie Sorben, Dänen und Friesen.

„Rom“ bedeutet in Romanes Mensch. Die Bezeichnung Roma (Einzahl: der Rom, weiblich: die Romni) ist ein allgemeiner Sammelname außerhalb des deutschen Sprachraums, der in Deutschland überwiegend für Gruppen südost-europäischer Herkunft gebraucht wird.“

Gez.

Dr. A. Boldt-Stölzebach

Betreff:

**Integration durch Information: Mehrsprachiger Flyer,
Neubürgerbrief
2. Sachstandsanfrage**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

31.08.2017

Beratungsfolge:

Ausschuss für Integrationsfragen (zur Beantwortung)

13.09.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Vor einem Jahr wurde am 13.09.2016 der Antrag "Integration durch Information" 16-02941 im Rat einstimmig in geänderter Form angenommen. Die Änderung besagt: "Die Verwaltung wird gebeten, in diese Richtung Überlegungen anzustellen", einen 6-sprachigen Flyer in Zusammenarbeit mit den Migrantenvereinen in der Stadt - vertreten durch das Haus der Kulturen - zu erstellen, der Migrantinnen und Migranten auf mögliche Beteiligungs- und Vernetzungsmöglichkeiten hinweist und der über den Neubürgerbrief an alle neuen Einwohner verteilt wird.

Auf unsere 1. Sachstandsanfrage im Februar 2017 - 5 Monate nach dem Ratsbeschluss - teilte die Verwaltung mit (17-03820-01): "Die Überlegungen zu Erstellung eines Flyers, der über den Neubürgerbrief an alle neuen Einwohner verteilt werden soll, sind noch nicht abgeschlossen".

Nun sind weitere 7 Monate vergangen, daher fragen wir an:

- Sind die Überlegungen nun abgeschlossen und welcher Sachstand liegt jetzt vor?

Wann werden die Flyer für die Neubürger verfügbar sein?

Anlagen:

keine

Betreff:

Migrationsgeschichte in Braunschweig sichtbar?

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

31.08.2017

Beratungsfolge:

Ausschuss für Integrationsfragen (zur Beantwortung)

13.09.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

In Braunschweig leben Menschen aus über 140 Nationen, unsere Stadt beheimatet viele Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund. Wir blicken in wenigen Jahren auf eine dann 1000-jährige Geschichte Braunschweigs zurück und stets lebte die Stadt davon, dass sich Menschen aus anderen Teilen des Landes oder aus anderen Nationen niederließen, um einen Teil ihres Lebens hier zu verbringen.

Gerade ab den 1960er-Jahren sind im Rahmen der Arbeitsmigration viele Menschen nach Braunschweig gekommen. Zahlreiche dieser Personen leben noch heute hier, Braunschweig ist inzwischen ihre neue Heimat geworden. Sie alle haben ihre eigenen persönlichen Erfahrungen gemacht und so gibt es viele unterschiedliche Geschichten einer (erfolgreichen) Integration in unsere Stadt und unser Land. Für ankommende und länger in Braunschweig lebende Migrantinnen und Migranten gibt es unterschiedliche Anlaufpunkte, wie zum Beispiel die vielen internationalen Vereine und Gesellschaften oder auch das städtische Büro für Migrationsfragen.

Es bleibt jedoch die Frage offen, wie und an welchen Stellen die Migrationsgeschichte in Braunschweig sichtbar ist. Denn einen festen Anlaufpunkt, an dem die Migrationsgeschichte unserer Stadt gebündelt dargestellt und erlebbar ist, sucht man bisher erfolglos. Im Rahmen der interkulturellen Stadtführungen ist lediglich möglich, neben den Sehenswürdigkeiten vor allem Braunschweigs Geschichte der Migration im Stadtbild kennenzulernen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Gibt es in der Verwaltung Pläne, die Braunschweiger Migrationsgeschichte an einem Ort gebündelt dargestellt und erlebbar zu machen?
2. Sind seitens der Verwaltung in naher Zukunft Veranstaltungen angedacht, in der die geschichtliche Auseinandersetzung mit Migration in der Stadt Braunschweig im Mittelpunkt steht?
3. Welche Kooperationen gibt es bzw. sind denkbar, um die Migrationsgeschichte unserer Stadt besser als bisher darzustellen?

Anlagen:

keine

Betreff:

Koranverteilung in der Innenstadt

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

31.08.2017

Beratungsfolge:

Ausschuss für Integrationsfragen (zur Beantwortung)

13.09.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

In der Braunschweiger Fußgängerzone, wie in vielen anderen deutschen Innenstädten auch, werden regelmäßig kostenlose Exemplare des Koran verteilt. Dessen Verteilung ist natürlich genauso rechtskonform, wie beispielsweise auch die Verteilung von Ausgaben der Bibel oder des Grundgesetzes.

Es gibt allerdings zahlreiche Belege dafür, dass bei vielen dieser Stände der Koran nur eine untergeordnete Rolle spielt und das Hauptziel die Anwerbung für verfassungsfeindliche Aktivitäten ist. In diesem Kontext wurde im November 2016 die salafistische Vereinigung "Die wahre Religion" alias "LIES! Stiftung" von Bundesinnenminister Thomas De Maizière verboten und in der Folge aufgelöst. Laut Verfassungsschutz beteiligten sich zahlreiche Personen aus dem dschihadistischen Spektrum oder mit Kontakten in die dschihadistische Szene an den Aktionen von "LIES!".

Auch nach diesem Verbot bleibt festzuhalten, dass Nachfolgeorganisationen teilweise mit eindeutigen Personalüberschneidungen zu "LIES" unter neuen Namen dessen Aktivitäten fortsetzen. Beispielsweise beschäftigt sich der Bayerische Verfassungsschutz mit dem Projekt "We love Muhammad", welches unter Beteiligung ehemaliger "LIES!"-Projektbeteiligter nun in München Korane verteilt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Ist der Verwaltung bekannt, in welchem Umfang der Verein 'LIES!' vor seinem Verbot in Braunschweig aktiv war?
2. Welche Organisationen betreiben aktuell die Stände?
3. Wie wird sichergestellt, dass im Kontext dieser Stände keine verfassungsfeindlichen Aktivitäten stattfinden?

Anlagen:

keine